

Lage sein, sich zu entscheiden, ob es nicht eo ipso richtig ist, die eine oder die andere an die Fachcommissionen zu verweisen oder zur Behandlung im Plenum am Ende dieser Woche, resp. am Anfang der nächsten Woche.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Fritzen.

Abgeordneter Fritzen: Den zweiten Vorschlag des Herrn Vorsitzenden finde ich durchaus zweckmäßig. Ich erlaube mir, auf den Punkt aufmerksam zu machen, daß es dringend geboten wäre, wenn vielleicht morgen die kleine und einstimmig anzunehmende Vorlage über den Milzbrand abgemacht würde. Wenn, wie zu hoffen ist, diese Sache im Provinziallandtage einstimmig und rasch erledigt würde, dann könnte an den Herrn Minister eine Vorlage gemacht werden, und es könnte dann möglich sein, daß noch auf dem gegenwärtig tagenden preussischen Landtage ein Gesetzentwurf für die Rheinprovinz, betreffend die Milzbrandentschädigung, zur Verabschiedung gelange.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Ich habe nur das Bedenken, daß eine ganze Gesetzesvorlage über diesen Punkt vorliegt, die vom Ausschusse berathen worden ist; ich glaube, daß deshalb der eben gemachte Vorschlag Bedenken hat.

Diese Vorlage müßte wohl in der Fachcommission durchberathen werden, weil da schon sämtliche Punkte fixirt sind und die fertige Vorlage könnte dann dem Ministerium vorgelegt werden.

Abgeordneter Fritzen: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Meine Herren! Sind Sie mit meinem Vorschlage einverstanden, dann setze ich sämtliche übrigen Vorlagen außer den überwiesenen Etats auf unsere morgige Tagesordnung zur Entscheidung über die geschäftliche Behandlung.

Meine Herren! Sie würden jetzt in den Commissionen sich constituiren.

Ich stelle anheim, ob Sie sich morgen wie früher um 11 Uhr oder um 12 Uhr versammeln wollen. (Rufe: 11 Uhr!)

Ich beraume also die morgige Sitzung auf 11 Uhr an und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 2 Uhr 30 Minuten.)

Dritte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, am Dienstag den 2. Dezember 1890.

Beginn: 11 Uhr Vormittags.

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Petitionen, betreffend die Kanalisierung der Mosel.
3. Vorlage der Königlichen Staatsregierung, betreffend gutachtliche Aeußerung über die Errichtung einer Zwangsgenossenschaft zur Herstellung von Thalsperren im Wuppergebiete.
4. Ersatzwahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes für den Provinzialausschuß.

5. Ausloosung der auscheidenden Mitglieder des Provinzialausschusses und deren Stellvertreter.
6. Entscheidung über die geschäftliche Behandlung sämmtlicher in dem Verzeichnisse der Landtagsvorlagen aufgeführten, noch nicht an die Fachcommissionen verwiesenen Vorlagen.

Stellvertretender Vorsitzender **J a n s e n**: Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll führt zu meiner Rechten der Herr Abgeordnete Tenge, die Rednerliste zu meiner Linken Herr Abgeordneter von Hagen.

Das Protokoll der letzten Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht der Herren offen. Für die heutige Sitzung sind entschuldigt: Geheimer Justizrath Adams aus Coblenz, Sahler aus Kreuznach, von Beulwitz aus Trier, von Monschau aus Goch, Abgeordneter Schlefß aus Xanten und Abgeordneter Markus aus Bonn wegen Unwohlseins. Der heutigen Sitzung wird zum dritten Gegenstande der Tagesordnung als Commissar des Herrn Ober-Präsidenten beizuhöhen Herr Landrath Königs von Kennep.

Es sind eingegangen:

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen wegen der Pensionirung der Gemeindebeamten in den Landgemeinden der Rheinprovinz, eine Vorlage des Herrn Ober-Präsidenten. Ich schlage den Herren vor, diesen Gegenstand der ersten Fachcommission zur Vorberathung zu überweisen. — Das geschieht.

Ferner liegt vor ein Antrag des Bürgermeisters zu Breyell im Kreise Kempen auf Bewilligung eines weiteren Zuschusses von je 3000 M. für die Etatsjahre 1891/92 und 1892/93 zu den Kosten der in Breyell bestehenden Gemüsebauschule. Auch dieser Antrag geht an die I. Fachcommission.

Sodann liegt vor ein Antrag des königlichen Regierungs-Präsidenten zu Düsseldorf auf Bewilligung einer Beihilfe von 15 000 M. zur Regulirung des Mittelbaches im Stadt- und Landkreise Düsseldorf. Auch dieser Antrag geht zweckmäßiger Weise an die I. Fachcommission.

Weiter ist eingegangen ein Schreiben des Vorstandes des Vereins für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen, worin gebeten wird, die Rheinprovinz möge mit Rücksicht darauf, daß mehrere der dortigen Häuslinge der Rheinprovinz angehören, einen Beitrag zu den Kosten der Anstalt hergeben. Ich schlage den Herren vor, diesen Gegenstand der II. Fachcommission zu überweisen, wo er in Verbindung mit Nr. 24 der Druckfachen, nämlich mit dem Etat der Landarmenverwaltung zur Verhandlung kommen kann.

Endlich ist eingegangen die Eingabe des Schreiners Friedrich Sarges zu Wehlar in Betreff der Ergänzung einer ihm zustehenden Brandentschädigung. Diesen Antrag möchte ich bitten der I. Fachcommission zur Vorberathung zu überweisen. — Das geschieht. —

Wir gehen dann weiter in der Tagesordnung und kommen zu Nr. 2, betreffend Petitionen um Förderung der Kanalisirung der Mosel. Der Herr Abgeordnete Lueg bittet um das Wort und ich erteile ihm daselbe.

Abgeordneter Lueg: Meine Herren! Sie verzeihen, daß ich von dieser Stelle aus zu Ihnen rede, wenn ich vom Plaze aus sprechen wollte, so fürchte ich, daß viele Herren meine Worte nicht verstehen würden. Meine Herren! Die Frage der Kanalisirung der Mosel ist bereits so vielfach in der Presse und in öffentlichen Versammlungen behandelt worden, daß ich wohl annehmen darf, daß Sie mit dieser Frage mehr oder weniger vertraut sind. — Die Schiffbarmachung der Mosel liegt unzweifelhaft im Interesse des Landes und insbesondere im

Interesse der Rheinprovinz. Die Petenten, darunter befindet sich auch ein Verein, den ich die Ehre habe zu vertreten, geben sich der Hoffnung hin, daß der hohe Landtag für die Nothwendigkeit und für die Nützlichkeit der Moselkanalisierung sich aussprechen wird. Meine Herren! Die früher vielfach verbreitete Ansicht, daß nach Einführung des Eisenbahnverkehrs die Schifffahrt nicht mehr die Bedeutung habe, die sie früher gehabt hat, — diese Ansicht ist thatsächlich nicht richtig, und wir haben täglich Gelegenheit, uns von der Irrigkeit dieser Ansicht zu überzeugen.

Meine Herren! Trotzdem zu beiden Ufern des Rheines mehrgeleisige Bahnen geführt sind, welche kaum den Verkehrsansprüchen genügen können, hebt sich der Rheinverkehr von Jahr zu Jahr. Die Rheinflotte vermehrt sich in rapider Weise, wie die Herren aus den Zeitungen über das Einlaufen und Eintreffen neuer Schiffe sehr häufig sich zu unterrichten Gelegenheit haben. Die vor wenigen Jahren vollendete Kanalisierung des Mains hat auch die Bedeutung der Schifffahrtsstraßen in hohem Maße zur allgemeinen Anschauung gebracht, denn der Wasserverkehr auf dem Main hat sich nach der vollendeten Kanalisierung um das Siebzigsfache gesteigert. Meine Herren! Es ist unzweifelhaft, daß sich auf der kanalisirten Mosel ein ganz enormer Verkehr entwickeln wird, Sachverständige schätzen den zu erwartenden Verkehr auf mindestens jährlich 2 500 000 Tonnen. Angesichts dieser Ziffer muß man sich in der That wundern, daß ein so schöner, wasserreicher Strom so lange der Schifffahrt entzogen worden ist. — Meine Herren! Die früher auch vielfach verbreitete Ansicht, daß der Wasserverkehr sich vorzugsweise nur eigene zum Transport von minderwerthigen Gütern, wobei es auf die Schnelligkeit der Beförderung nicht wesentlich ankomme, ist ebenfalls nicht zutreffend, denn nach den statistischen Ermittlungen hat sich herausgestellt, daß die Transportmengen minderwerthiger Güter, Kohle, Erde, Steine, Sand u. s. w. bei den Eisenbahnen 69 % des ganzen Transportquantums ausmachen, während bei dem Wasserverkehr diese minderwerthigen Güter nur 64 % des gesammten Verkehrs darstellen. Die hochwertigen Güter betragen beim Eisenbahnverkehr 15 %, beim Wasserverkehr 19 % der Gesammttransporte. Meine Herren! In allen Ländern nimmt daher auch die Verbesserung der Wasserstraßen die Aufmerksamkeit der Regierungen in Anspruch, und von allen Seiten hören und lesen Sie von Verbesserung der Wasserstraßen. Deutschland hat in der That Alles aufzubieten, um gegenüber diesen Bestrebungen nicht in den Hintergrund zu kommen und hat meines Erachtens auch die Verpflichtung, alle für die Schifffahrt geeigneten Ströme dauernd schiffbar zu machen und zu erhalten.

Für die Schiffbarmachung giebt es nur zweierlei Wege, einmal die Regulirung, zum andern die Kanalisierung, und, meine Herren, für die Mosel, welche schon Jahrtausende als Kulturstraße gedient hat, und welche schiffbar zu erhalten bezw. wieder schiffbar zu machen ohne Zweifel eine Pflicht des Staates genannt werden muß, hat man bisher die Regulirung angewandt, man hat Bühnen eingebaut, Parallelwerke u. s. w. und zwar mit sehr erheblichen Kosten, ohne damit aber einen erheblichen Vortheil erreicht zu haben, denn, wie allen bekannt, ist ja heute das Fahrwasser resp. die Fahrtiefe der Mosel so ungenügend, daß die Schifffahrt sozusagen auf der Mosel brach liegt.

Es handelt sich nun hier, meine Herren, bei der Kanalisierung der Mosel nicht, wie in anderen Fällen, darum, daß ein Kanal durch das Land gegraben werden soll, über dessen Bedeutung man ja häufig verschiedener Ansicht sein kann, nein, hier handelt es sich darum, einen vorhandenen Fluß, der ohne Kanalisierung als Verkehrsstraße vollständig verschwinden würde, dem Verkehr nutzbar zu machen. Meine Herren! Diese Wasserstraße würde die Verbindung vermitteln zwischen den außerordentlich mächtigen Erzlagern in Elsaß-Lothringen und

den großen Kohlenlagern am Niederrhein und in Westfalen. Das niederrheinisch-westfälische Kohlenbecken, ist das bedeutendste Kohlenvorkommen des europäischen Festlandes. Sie werden das daraus entnehmen, wenn ich Ihnen mittheile, daß die Jahresförderung zur Zeit annähernd 34 Millionen Tonnen Kohlen beträgt. Es ist das fast die Hälfte der Kohlenförderung von ganz Deutschland, $\frac{1}{14}$ der Kohlenförderung der ganzen Erde. Die Reichthümer an Kohlen im niederrheinisch-westfälischen Becken sind so bedeutend, daß nach einer approximativen Aufstellung — absolut genaue Zahlen sind ja kaum zu geben — die aufgeschlossenen Flöze einen Reichthum von 22 500 Millionen Tonnen Kohlen aufweisen. Andererseits, meine Herren, wird das Erzvorkommen in Elsaß-Lothringen bezw. Luxemburg auf 2400 Millionen Tonnen geschätzt, entsprechend einem Quantum von etwa 800 Millionen Tonnen Roheisen, oder das 200 fache der heutigen Roheisenproduktion Deutschlands.

Meine Herren! Wenn ich nun andererseits Ihnen auch mit wenigen Worten die Bedeutung der niederrheinisch-westfälischen Eisenindustrie schildern will, so kann ich das nicht besser thun, als wenn ich Ihnen mittheile, daß in dieser Industrie 140 000 Arbeiter zur Zeit beschäftigt sind, daß diese Arbeitermasse jährlich an Lohn 125 Millionen Mark bezieht, und weiter wird die Bedeutung Ihnen noch klarer werden, wenn ich Ihnen mittheile, daß allein 14 Werke am Niederrhein und Westfalen an Eisenbahnfrachten für diejenigen Güter, die sie unfrankirt bezogen, $14\frac{1}{4}$ Millionen Mark Fracht bezahlt haben. Es bildet also unzweifelhaft die Eisenindustrie für einen Frachtunternehmer einen sehr guten Kunden.

Angeichts dieser enormen Frachtschuppen werden Sie, meine Herren, auch begreifen, daß diese Industrie fortwährend auf Frachtermäßigungen drängen muß, und zwar nicht lediglich aus schnöder Gewinnsucht, sondern weil durch die Höhe der Frachttarife die vitalsten Interessen dieser Industrie berührt werden.

Ich kann Ihnen noch in anderer Weise illustriren, welche Bedeutung die Frachten für die Großindustrie haben, wenn ich Ihnen mittheile, daß in Deutschland die Frachtausgabe 28% der Selbstkosten des Roheisens beträgt, während in England, bei unseren Concurrenten, die Frachtausgabe nur 10% der Selbstkosten des Roheisens bildet. Wenn Sie nun weiter bedenken, daß unsere englische Concurrenz das Roheisen und die Fabrikate, die sie aus dem Roheisen erzeugt, direkt vom Werke, fast noch warm in die Schiffe verladen kann, und daß auf der anderen Seite die hiesige Industrie, wenn sie exportiren will, diese Mengen erst noch mit erheblichen Kosten nach den deutschen Exporthäfen verfrachten muß, so werden Sie zugeben, daß in der That die hiesige Industrie, um den Export aufrecht zu erhalten, die allergrößten Anstrengungen machen muß, und in der That nicht davon ablassen kann, auf billigere Verfrachtung der Rohstoffe zu dringen.

Meine Herren! Kohle und Eisen sind die Grundlage unserer Industrie und daß die Rohstoffe, welche zur Herstellung von Eisen erforderlich sind, billig verfrachtet werden, darin beruht meines Erachtens die gewerbliche Blüthe eines Landes, speziell unseres Landes.

Meine Herren! Der Stahl wird im Großen und Ganzen nach zwei Verfahren erzeugt: nach dem Bessemer-Verfahren und nach dem Thomas-Verfahren. Die Verfahren sind in ihrem Verlaufe ziemlich gleich, nur unterscheiden sie sich dadurch, daß für das Bessemer-Verfahren ein phosphorreiches Roheisen erforderlich ist, während umgekehrt für das Thomas-Verfahren ein phosphorreiches Roheisen erforderlich ist. Nun hat Deutschland einen großen Mangel an phosphorfreien Erzen, woraus das phosphorfreie Roheisen für den Bessemer-Prozeß erblasen werden könnte, während umgekehrt die phosphorreichen Erze in großen Mengen vorkommen,

ganz besonders in Elfaß-Lothringen bezw. Luxemburg. Es ist denn auch durch die Entdeckung des Thomas-Verfahrens Deutschland wesentlich unabhängiger geworden vom Auslande, wie das früher der Fall war. Bei der Herrschaft des reinen Bessemer-Verfahrens waren wir und würden wir auch noch heute gezwungen sein, die betreffenden Erze aus dem Auslande, insbesondere Spanien zu beziehen. Um also dieses Thomas-Verfahren, welches Deutschland in außerordentlicher Weise ausgebildet hat, und zwar in einer solchen Weise, daß in Bezug auf Erzeugung von Thomasstahl Deutschland England weit überragt, zu fördern, ist es unbedingt nöthig, daß die Werke die Minette — wie die Erze, die in Elfaß-Lothringen und Luxemburg vorkommen, genannt werden — verwenden können. Heute, wo solches wegen der hohen Frachttarife nicht möglich ist, sind wir immer noch auf den Bezug ausländischer Erze angewiesen; so haben wir beispielsweise Erze von Spanien bezogen im Jahre 1880 300 000 Tonnen in einem Werthe von 5 Millionen Mark, im Jahre 1889 900 000 Tonnen im Werthe von ca. 15½ Millionen Mark. Meine Herren! Diese Gelder hätten zum größten Theil im Lande verbleiben können, wenn ein billigerer Bezug dieser Erze von Elfaß-Lothringen und Luxemburg zu ermöglichen gewesen wäre.

Ich habe noch hinzuzufügen, daß, während die ausländischen Erze sehr reich an Eisen sind, die luxemburgischen Minette sehr arm an Eisen sind, sie enthalten durchschnittlich nur 34% Eisen, so daß also, um eine Tonne Roheisen zu erzeugen, man nahezu 3 Tonnen Erze transportiren muß, somit die Transportkosten eine sehr große Bedeutung für die Darstellung des Roheisens haben. — Wir haben nun hier am Niederrhein bisher zur Darstellung des Thomas-Roheisens aus der phosphorreichen Rasenerze und der Puddelschlacke bedient. Die Rasenerzfelder am Niederrhein sind indessen nahezu erschöpft, auch die Vorräthe von Puddelschlacke, die vor Erfindung des Thomas-Verfahrens vollständig nutzlos waren und als unbrauchbares Material auf die Halde geschüttet wurden, sind erschöpft und dadurch die Preise dieser Materialien außerordentlich gestiegen, und selbstredend auch die Herstellungskosten des Roheisens. Wir sind jetzt schon genöthigt, diese früher werthlose Puddelschlacke aus Belgien, England und Frankreich zu beziehen, ebenso die Rasenerze aus Holland und Belgien. Diese Bezüge würden nahezu vollständig unnöthig sein, wenn wirklich durch die Kanalisation der Mosel ein Mittel geschaffen würde, die Lothringer und Luxemburger Erze billig nach dem Niederrhein zu verfrachten. Durch die Steigerung der Rasenerzpreise und der Preise der Puddelschlacke, der Materialien, die bisher noch die niederrheinisch-westfälische Industrie wesentlich zur Erzeugung des Thomas-Roheisens benutzen mußte, ist eine sehr erhebliche Verschiebung zu Ungunsten der niederrheinisch-westfälischen Industrie herbeigeführt worden. Es ist das um so bedauerlicher, weil gerade die niederrheinisch-westfälische Industrie die Trägerin des Exportes ist und gewiß Sie alle, meine Herren, darin mit mir einverstanden sind, daß es für die gewerbliche Thätigkeit unseres Landes in hohem Grade wichtig ist, daß wir den Export aufrecht erhalten können.

Meine Herren! Von gleich großer Wichtigkeit ist die Kanalisation der Mosel für die niederrheinische Coaks-erzeugung. Schon heute geht von der ganzen Produktionsmenge an Coaks vom Niederrhein ein Drittel nach den westlichen Grenzen, nach Luxemburg und Lothringen, und auch zum Theil nach Frankreich. Dieser erhebliche Absatz ist aber heute schon außerordentlich gefährdet durch die energische Concurrenz seitens der belgischen und französischen Werke; sie ist um so gefährdeter, als die dortigen Eisenbahnen durch ihre Tarif-Politik fort und fort bemüht sind, der belgischen und französischen Concurrenz Unterstützung zu leihen und auch andererseits

die französische Regierung durch Verbesserung ihrer Wasserstraßen bemüht bleibt, die Concurrenz der französischen Werke im Gegensatz zu den hiesigen Werken zu stärken.

Meine Herren! Die Kanalisation würde eine Verbindung herstellen zwischen zwei Ländern, denen an der Verfrachtung ihrer Massengüter viel gelegen sein muß, und von denen das eine, und zwar Lothringen, in Folge des dadurch herbeigeführten wirthschaftlichen Wohlstandes ganz sicher an das deutsche Reich fester gekettet werden würde, wie das heute der Fall ist.

Meine Herren! Auch das Reichsland hat ein berechtigtes Interesse, die Mosel kanalisirt zu sehen, umsomehr, da die Mosel auf französischem Gebiete schon seit Jahren kanalisirt ist, und schon vor 1870 die französische Regierung den Reichslanden die feste Zusicherung gegeben hat, daß die Regierung die Mosel bis Diebenthausen kanalisiren werde.

Meine Herren! Es wird die Moselkanalisation weiter den großen Vortheil für die betreffenden Gebiete haben, daß dieselben in direkte Verbindung mit den deutschen Exporthäfen Rotterdam und Antwerpen gelangen. Der Moselkanal wird keineswegs lediglich der rheinisch-westfälischen Industrie oder den Erzdistrikten in Elsaß-Lothringen zu Gute kommen. Unzweifelhaft wird von der Kanalisation auch das kleine Gewerbe, der Kolonialhandel, insbesondere die Landwirthschaft einen großen Nutzen ziehen. Wenn ich nun hier nicht berufen bin — ich glaube, es wird von anderer Seite geschehen — den Nutzen, den die Landwirthschaft von der Kanalisation hat, hier klarzustellen, so möchte ich mir nur erlauben, darauf aufmerksam zu machen, daß namentlich das Steinbruchgewerbe ein großes Interesse an der Kanalisation hat, da durch die Ausfuhr von Bau- und Haussteinen dasselbe wesentlich gehoben werden wird. Nicht minder können die Schieferlager, welche in den Kreisen Trier, Berncastel und Wittlich auftreten, nach erfolgter Kanalisation der Mosel nutzbarer wie bisher ausgebeutet werden. In gleicher Weise haben ein großes Interesse an der Moselkanalisation die deutschen Solvaywerke, welche jetzt ihre Produkte in eigenthümlicher Weise verfrachten. Sie schicken dieselben per Bahn nach Ludwigshafen, alsdann per Schiff nach Düsseldorf, laden hier wieder aus und befördern alsdann die Soda wieder per Bahn nach Westfalen. Daß unter diesen Umständen diese Industrie, deren Wettbewerb überhaupt schon durch die englische Concurrenz bedroht wird, einen schweren Stand hat, liegt auf der Hand.

Meine Herren! Weiter würde die Forstwirthschaft unzweifelhaft einen sehr großen Nutzen aus der Moselkanalisation ziehen, dadurch daß die Verfrachtung des Bau- und Nutzholzes und der Lohse wesentlich erleichtert würde. Meine Herren! Somit stellt die Moselkanalisation ein Unternehmen dar, dessen wirthschaftliche Tragweite für unser gesamtes Vaterland so weitreichend ist, daß ein Widerspruch einzelner Interessentengruppen, welche aus der Kanalisation der Mosel eine Verschiebung ihrer Produktionsbedingungen befürchten, nicht für durchschlagend erachtet werden kann. Ueber diese Verschiebung, die, wie behauptet, eventuell durch die Moselkanalisation herbeigeführt werden würde, ist in dem sogenannten Coblenzer Moselparlament, welches zu Anfang dieses Jahres stattfand, so ausführlich debattirt und verhandelt worden, daß ich hier nicht darauf zurückkommen will. Aber, meine Herren, der Entwicklung der Verkehrsstraßen deshalb entgegenzutreten, weil vielleicht der eine oder der andere von dieser Entwicklung nicht den vollen Vortheil hat, das kommt mir gerade so vor, als wenn man den Bau von Eisenbahnen zu Gunsten der Frachtfuhrleute einstellen wollte.

Meine Herren! In dieser Beziehung gilt das Wort, welches der Herr Staatsminister von Bötticher in der Sitzung vom 9. Juni 1886, wo es sich um die Herstellung des Nordostseekanals handelte, gesprochen hat. Der Herr Staatsminister sagte: „Ich bin prinzipiell

der Meinung, daß man bei solchen großen Fragen, ob eine neue bedeutende Verkehrsstraße einzurichten ist, nicht berücksichtigen darf, ob der eine dabei weniger Gewinn hat als der andere, sondern, daß man einfach fragen muß: ist die Sache überhaupt für unsern Handel nützlich, wird unser Handel Vortheile davon erzielen und man muß es der Folgezeit überlassen, wie sich die Vortheile vertheilen.“ Meine Herren! Was nun die Kosten anbetrißt, welche die Moselkanalisation in Anspruch nehmen wird, so sind dieselben nicht erschreckend hoch, dieselben werden nicht viel höher sein als diejenigen Kosten, die aufzuwenden sind, um einen Bahnhof modernen Stils auszuführen, wie beispielsweise den neuen Kölner Bahnhof. Ob indessen der Bau in Köln dauernd den Bedürfnissen entsprechen wird, wie das bei der Kanalisation der Mosel unzweifelhaft der Fall sein wird, darüber sind sogar die Kölner getheilter Ansicht. Meine Herren! Ich glaube aber auch, daß die Summen, die erforderlich sind zur Kanalisation der Mosel, sich verzinsen werden; wenn — wie es meines Erachtens zulässig ist — der Staat eine mäßige Kanalgebühr erhebt. Meine Herren! Ich glaube aus allen diesen Ausführungen werden Sie mit mir die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Kanalisation der Mosel nicht allein nöthig, sondern auch nützlich ist, und ich möchte Sie bitten, in diesem Sinne Ihr Votum abzugeben. Sollten Sie aber in dieser Beziehung noch einige Bedenken haben, sollten Sie glauben, daß die Frage doch vielleicht noch einer weiteren Prüfung bedürfe, so bin ich auch einverstanden, daß zu diesem Zweck eine besondere Commission von 15 Mitgliedern erwählt wird, mit dem Auftrage, noch in dieser Tagung die Verhandlungen über diese Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. Meine Herren! Wenn das Votum so ausfällt, wie ich hoffe, daß es ausfallen wird, dann werden Sie einen kräftigen Anstoß zur Kanalisation der Mosel geben und wenn dann das Werk, was hoffentlich bald geschieht, vollendet sein wird und sich der schöne Strom mit zahllosen Schiffen bedecken wird und Sie alsdann Gelegenheit nehmen, diesen schönen Strom zu befahren, dann werden Sie sich sagen, auch ich habe einen Baustein zu diesem schönen Werk beigetragen. Wenn Sie mit Freuden von den Uferbewohnern begrüßt werden, so können Sie sich sagen, ich habe ein Recht, diese freudigen Kundgebungen entgegen zu nehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. von Boß.

Abgeordneter Dr. von Boß: Meine Herren! Ohne im Geringsten den Ausführungen des verehrten Herrn Vorredners entgegenzutreten zu wollen, möchte ich doch und zwar gleich beim Eingange der Diskussion über diese hochwichtige Angelegenheit Ihre Aufmerksamkeit darauf richten, daß in der uns vorliegenden Petition und auch in der eben gehörten Befürwortung derselben, der Ausdehnung des Kanalisierungsprojektes auf die Saar nicht Erwähnung geschehen ist. Nun glaube ich zwar nicht, meine Herren, daß sich unter den Anhängern des Projektes der Kanalisierung des unteren Laufs der Mosel eine Segnerschaft gegen die Kanalisierung des unteren Laufs der Saar finden wird; denn, wie mir allseits zugestanden werden wird, ist das Projekt der Moselkanalisierung von vornherein als untrennbar von der Kanalisierung des unteren Laufs der Saar behandelt worden und zwar sowohl von der Staatsregierung wie auch von den rührigen Anhängern der Stromkanalisierung allerwärts. Allein es bedarf dies des besondern Ausdrucks nothwendig auch an dieser Stelle. Ich bitte daher, daß die Herren Petenten sich für die Kanalisierung auch der unteren Saar in Verbindung mit der Kanalisierung des unteren Laufs der Mosel bestimmt aussprechen wollen, wenn sie nicht vielleicht selbst ihren vorliegenden Antrag in diesem Sinne zu erweitern vorziehen, so hoffe ich für einen hierauf von mir zu richtenden Antrag bei Ihnen volle Unterstützung zu finden. Meine Herren! Unter dieser Voraussetzung glaube ich nicht Bedenken tragen zu dürfen, ich möchte es sogar für eine

Gewissenspflicht halten, hier öffentlich zu bekunden, daß gerade in dem Bezirk der Saarindustrie, zu dessen Vertretern auch ich zähle, eine große Sympathie dem Mosel-Saarkanalisierungsprojekt entgegengebracht wird, eine Sympathie und eine thätige Anhängerschaft, die, ich möchte sagen, von Tag zu Tag sich vermehrt. Ich halte das zu erwähnen nicht für überflüssig, denn, wie Ihnen bekannt, ist der öffentliche Widerspruch gegen die Moselkanalisierung gerade von dem Kreise Saarbrücken ausgegangen, den ich zu vertreten die Ehre habe. Ich bin i. Zt. als Landrath, zunächst aus eigenstem Antriebe und später auch aus dienstlicher Veranlassung dazu geschritten, sorgfältigste Ermittlungen darüber anzustellen, wie die Stimmung der einblicksfähigen und selbstständigen Leute an der Saar zu diesem Projekte wäre, und ich muß sagen, daß mich, der ich anfangs nur von den gegnerischen Kundgebungen nähere Kenntniß erhalten hatte, die Zahl der Anhänger des Projektes bald in Erstaunen setzte. Ihnen entgegen steht eine geschlossene Gruppe von Herren, die ihren Mittelpunkt findet in dem Ihnen bekannten hervorragenden Gegner des Kanalisierungsprojektes, dem Geheimen Commerzienrath Freiherrn von Stumm, aber was den Eindruck, den die Zahl der Mitglieder dieser Gruppe macht, erheblich abzuschwächen geeignet ist, ist die Ihnen auch zum Theil wohl bekannte Thatsache, daß einige, nicht wenige dieser Gegner des Kanalisierungsprojektes, dieselben Personen sind, welche der oben genannte Großindustrielle in allen wirthschaftlichen Fragen ständig um sich geschaart hält und auf deren Zustimmung derselbe zu allen seinen Ansichtsäußerungen so ziemlich unbedingt rechnen kann. Man könnte mir nun, wenn ich mir herausnehme, die allgemeine Stimmung des Saargebietes zu dem Projekte so abweichend von der von jener Gruppe gegebenen Darstellung zu schildern, entgegen halten — ich muß diesem Einwande bei seiner scheinbaren Tristigkeit ausdrücklich begegnen — daß doch die Handelskammer des Kreises Saarbrücken sich dem Projekte abgeneigt erklärt habe. Dies ist allerdings geschehen. Indes, meine Herren, bei aller schuldigen Achtung vor der genannten Körperschaft und bei aller Werthschätzung, welche ich insbesondere den einzelnen Mitgliedern der Handelskammer entgegenbringe, kann ich bei dieser Veranlassung nicht umhin, der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß diese Körperschaft nicht in demselben Maße, wie das von anderen Handelskammern wohl durchgängig wird gesagt werden dürfen, über die Anschauungen und Interessen der Gesamtheit der Handel- und Gewerbetreibenden des Handelskammerbezirks Aufschluß geben kann. Um dies zu erweisen, will ich die eine Thatsache anführen, daß vor wenigen, etwa vor drei Jahren, eine beträchtliche Anzahl der damaligen Mitglieder der Handelskammer, irre ich nicht, deren sieben, und darunter der stellvertretende Vorsitzende, aus der Handelskammer ausgeschieden, in der Empfindung, über deren Berechtigung ein Urtheil abzugeben ich keine Veranlassung habe, daß sie von einer um wenige Stimmen stärkeren Mehrheit in wichtigen Fragen von Handel und Gewerbe fortgesetzt majorisirt würden, und es war, wie ich betone, für diesen Schritt insbesondere die Befürchtung bestimmend, daß ihnen diese Majorisirung gerade in der Frage der Stellungnahme der Handelskammer zu dem Mosel- und Saarkanalisierungsprojekt sicher bevorstehen würde. Was insbesondere die Stimmung in den Städten betrifft, die sich in der Handelskammer nicht genügend vertreten glaubten und glauben, so ist bezeichnend, daß die Stadt St. Johann a. d. S., wie Ihnen allen bekannt, eine der blühesten und gewerbfleißigsten Städte des Saargebietes, durch ihre Vertretung meines Wissens einstimmig oder fast einstimmig beschlossen hat, für das Kanalisierungsprojekt Stellung zu nehmen und daß auch in der Vertretung der Stadt Saarbrücken, in der sich ebenfalls, wie Sie alle wissen, ein reicher Schatz von Gewerbfleiß und gewerblichem Vermögen aufgespeichert findet, die Anhängerschaft des Mosel- und Saarkanalisierungsprojektes die Mehrheit bildet. Zu erwähnen

will ich allerdings nicht unterlassen, daß die Kreisvertretung des Kreises Saarbrücken, in der sich ebenfalls eine große Zahl hoch bei der Sache interessirter Herren befindet, zu derselben ausdrücklich Stellung zu nehmen Veranlassung nicht gehabt hat. Ich bedauere, daß bei der Plöglichkeit, mit der diese Angelegenheit an das hohe Haus gelangt ist, es mir nicht mehr möglich gewesen ist, über die jetzige Ansicht meiner Herren Wähler in dieser Beziehung mich des Bestimmteren zu unterrichten. Indes darf ich doch hervorzuheben nicht unterlassen, daß, als die Wahlen zu diesem Hause von den Kreisvertretungen erfolgten, keines der Saarbrückener Kreistagsmitglieder im Zweifel darüber gewesen sein wird, daß in der einen oder anderen Form diese hochwichtige Frage auch an die zu ihrer Mitberathung in hohem Maße berufene Körperschaft des Provinziallandtages gelangen würde, und ebenso wenig waren meine Herren Wähler, als sie mir einstimmig oder nahezu einstimmig — ich weiß es nicht mehr — ihre Stimmen gaben, darüber im Zweifel, welche Stellung ich nach meiner gewissenhaften Ueberzeugung in dieser Sache einnehmen würde, welche sie wußten, daß ich mich für das Projekt aussprechen würde. Nicht anders war und ist die Stellungnahme der beiden anderen Vertreter des Kreises Saarbrücken zu dem Projekte und aus der Thatsache, daß man uns gewählt hat, folgt, daß die Kreisvertretung in ihrer großen Mehrheit dem Kanalisirungsprojekt keineswegs als abgeneigt hingestellt werden darf. Es war mir Bedürfnis, dies hervorzuheben, weil, wie gesagt, über die Stimmung des Saargebietes zu der Kanalisirungsangelegenheit vielfach eine unrichtige Auffassung verbreitet ist. Ich schließe mit dem wiederholten Ausdruck der Hoffnung, daß von den Anhängern des Projekts der Kanalisirung der unteren Mosel der Antrag auf Ausdehnung der Kanalisirung auf die untere Saar, unterstützt werden wird.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Der Herr Abgeordnete Muth hat das Wort.

Abgeordneter Muth: Meine Herren! Sie werden mir verzeihen, wenn ich annehme, daß die allgemeine Besprechung der Angelegenheit, die das hohe Haus gestern zu beschließen beliebt hat, die Anregung hat geben sollen, daß schon jezt aus den verschiedenen Theilen der Provinz, wo man zu der Frage der Mosel- und Saarkanalisation, denn ich betrachte beides als ein nothwendiges untrennbares Ganze, irgendwie glaubt Stellung nehmen zu sollen, die Ansichten geäußert werden, und ich meine, daß die Vertreter der Provinz, welche am ersten Föhlung in dieser Beziehung zu nehmen Gelegenheit haben, sich unumwunden aussprechen sollten, und da will ich von vornherein bekennen, vor drei Jahren stand ich der ganzen Frage der Moselkanalisirung — ich bin selbst aus derselben Gegend wie der Herr Vorredner, allerdings aus dem Nachbarreise gewählt, aus Saarlouis — etwas kühl und reservirt gegenüber, denn, meine Herren, schwer lastete auf uns, in der dortigen Gegend, das, wie ich ausdrücklich anerkenne, in den wichtigsten wirthschaftlichen Fragen sachgemäße, gewissermaßen autoritative Urtheil der berufenen Vertreter der Industrie, denn unsere Gegend ist wie am Niederrhein eine wesentlich industrielle. Wir sagten uns, wenn Freiherr von Stumm und die vielen großen Fabrikanten eine ernstliche Gefahr, mittelbar oder unmittelbar, für die Gegend besorgen, dann wird man doch vorläufig wenigstens einmal sich einer abwartenden Stellung befleißigen müssen. Nun, meine Herren, in der Zwischenzeit ist ja im hohen Landtage in Berlin die Frage besprochen worden, es ist eine Klärung eingetreten, es ist vor Jahresfrist — es erwähnte der Herr Abgeordnete von Woz ein Botum des Gemeinderaths von St. Johann — als von Trier aus zur Besprechung der für die ganze Saar- und Moselgegend wichtigen Frage eingeladen wurde, eine Anfrage an den Gemeinderath in St. Johann herankommen und, da, meine Herren, mußte allerdings bei uns im Gemeinderath pflichtmäßig eine Prüfung der Frage eintreten, und es hat sich — ich kann dem Herrn

Abgeordneten von Voß wiederum in dieser Beziehung die gewünschten Mittheilungen machen — in der That einstimmig die Gemeindevertretung von St. Johann für das Projekt ausgesprochen, indem sie annahm, daß wesentlich zwei Gesichtspunkte maßgebend seien, die ich jetzt kurz mittheilen will, um Anregung zu geben, auch aus den übrigen Theilen der Provinz sich zu äußern, namentlich denjenigen Herren, die etwa Nachtheile befürchten. Wir in St. Johann sagten uns, daß für eine wesentlich verzehrende, consumirende Bevölkerung es von der allergrößten Wichtigkeit ist, daß in Bezug auf die nothwendigen Nahrungsmittel, Getreide u. s. w. — wir produziren vielleicht nur den fünften Theil von dem, was verbraucht wird — gegenüber der Nothwendigkeit der landwirthschaftlichen Zölle in gewisser Weise eine Nachhülfe durch verbilligte Fracht gewährt wird. Die Eisenbahn kann eine solche nicht gewähren, demnach bietet die Wasserstraße die einzige Möglichkeit. Meine Herren! Man wird der Landwirthschaft durch die Ausführung des Projekts in keiner Weise zu nahe treten, denn es wird bei uns viel mehr verbraucht als erzeugt. Es besteht ein Interesse für unsere arbeitende Bevölkerung in der dortigen Gegend, daß für genügende Zufuhr gesorgt wird. Meine Herren! Aber auch für den Handel, für den Kolonialwaarenhandel, für den Handel mit überseeischen Produkten ist das Projekt von großer Bedeutung. Dieser geht bis jetzt für uns hauptsächlich über Antwerpen, er geht von da den Landweg; ein Theil den Rhein herauf, aber nur bis Mannheim. Es wird wesentlich das Kohlenrevier von Mannheim aus mit diesen Waaren gespeist. Mir ist von sachverständiger Seite gesagt worden, daß eine gewisse Verschiebung eintreten würde, wenn der Moselkanal und der Saarkanal ausgebaut wird, daß mit Nothwendigkeit sich der Handel von Antwerpen wegziehen werde; aber uns interessirt der Handel von Antwerpen nicht, daß diese Waaren dann über Rotterdam, Trier, Saarbrücken würden befördert werden und daß in der That auch eine erhebliche Verbilligung der Fracht für diese Kolonialwaaren eintreten würde. Diese Verschiebung würde auch erheblich den Handel in Mannheim schädigen; allein Mannheim wird sich nicht beklagen können, es wird nur die Vortheile nicht alle, wie bis jetzt, einheimen; aber unserer Provinz werden wir diese Vortheile zuwenden. Das, meine Herren, waren die allgemeinen Gesichtspunkte. Auf der anderen Seite hob man die Nachtheile hervor, die man für den Verkauf der Kohle befürchtete; es heißt: die Saarkohle ist so erheblich minderwertig, daß sie von der Ruhrkohle an die Wand gedrückt werden wird und daß die Ruhrkohle allein den Markt beherrschen werde. Allein, meine Herren, es hat sich im Saarrevier zur Zeit ergeben, daß unter ganz normalen Arbeitsverhältnissen — die Belegschaft ist so groß, wie sie sein kann — die Bergwerks-Direktion in Saarbrücken kaum in der Lage ist, die Hälfte der Bestellungen zu effectuiren. Also, meine Herren, die Saarkohle wird ihre Bedeutung immer behalten und die Befürchtungen, die man in dieser Beziehung hegt, werden meiner Auffassung nach einfach als ein Nebel, der sich um den berechtigten Kern der Kanalisationsbestrebung angesammelt hat, zergehen. Ich glaube wohl im vollen Einklange mit allen Vertretern der Saargegend mich zu befinden, und voraussichtlich auch derjenigen des Trierer Bezirks die Mosel herunter nach Berncastel u. s. w., wenn ich erkläre: in der That halten wir es für ein ganz wesentliches Bedürfnis unseres Theiles der Provinz, daß möglichst rasch die Mosel- und Saarkanalisation in die Wege geleitet wird. Meine Herren! Zum Schluß noch einen allgemeinen Gesichtspunkt. Es ist bereits von dem Herrn Vorredner, Commerzienrath Lueg, erwähnt worden, daß auch die Reichslande von dem Unternehmen profitiren würde. Meine Herren! Wir sind eigentlich die nächsten Nachbarn von Elsaß-Lothringen und wir als Deutsche müssen daran denken, möglichst in nähere Beziehungen mit dem Reichslande zu treten. Es ist richtig, der Nachbar ist etwas

unfreundlich, das kann man ihm nicht verdenken, die Zeit wird die Wunden ausheilen; aber ich habe gefunden, im Verkehr und im Aneinanderschließen der Menschen liegt schließlich das einigende und versöhnende Element, und ich meine — die Rheinprovinz muß den ersten Schritt thun — jemebr die Rheinprovinz in Verbindung tritt mit dem Reichsland, desto besser wird das gefördert werden, was jeder Deutsche wünschen muß, daß nämlich nicht allein das Land dem Reiche angegliedert ist, sondern daß auch die Herzen seiner Bewohner gewonnen werden. Das scharfe deutsche Schwert hat das Reichsland wieder an Deutschland gekettet, aber die Herzen haben wir noch nicht erobert, und ich meine, hier handelt es sich um ein Werk des Friedens, der Kultur und der Wohlfahrt, und wenn Sie dem Antrage wohlwollend gegenüber-treten, so werden Sie meiner Auffassung nach auch einen sehr erheblichen Schritt zur Versöhnung thun. Was die geschäftliche Behandlung der Sache angeht, so befinde ich mich in einer gewissen Differenz mit Herrn Lueg. Ich bin der Meinung, je gründlicher man heute die Sache prüft, desto besser wird sie zur Geltung in der Allgemeinheit kommen, und es ist doch die Hauptsache, daß die Allgemeinheit von der Güte der Sache überzeugt ist. Deshalb möchte ich mir den Vorschlag gestatten, daß unter wohlwollender Entgegennahme des Antrages die Sache zur Prüfung in einen Ausschuß verwiesen wird, insbesondere zu einer Prüfung der gegen-theiligen Meinungen, die voraussichtlich aus diesem hohen Hause in der allgemeinen Besprechung noch zum Ausdruck gelangen, damit in einer gründlichen Prüfung das pro und contra erwogen wird; denn man kann dann erst sich ein richtiges Urtheil bilden, ob es im Interesse der Provinz liegt, das vorliegende Unternehmen gewissermaßen sacramentell von Provinzialwegen zu befürworten. Ich für meine Person fürchte in dieser Beziehung nichts. Ich bin niemals ein Gegner des Kanals gewesen, aber wohl war ich ein recht lauer Vertreter der Idee. Die Staatsbehörde ist die zunächst berufene Stelle zur Beurtheilung des Projekts, weil ihr in aus-giebigster Weise die Kenntnisse zu Gebote stehen, welche den Privaten fehlen. Seine Excellenz der Herr Minister, sagte ich mir, wird die Nützlichkeit des Projekts am Besten beurtheilen und erforderlichenfalls die nothwendigen Belehrungen an die unteren Behörden erlassen, und so wird der Widerspruch des Oberbergamtes schließlich nichts mehr schaden. Je mehr die Frage geprüft worden ist, je mehr Gelegenheit gegeben ist, in der Presse, in Broschüren und in Privatunter-haltungen sich orientiren zu können, umsomehr wird die Ansicht, daß es sich hier in der That um ein wichtiges Verkehrsmittel handelt, zur Geltung kommen. Meine Herren! Der Verkehr und jede Verkehrsstraße belebt immer, bringt immer Segen, und der metallene Nieder-schlag, den alle gern haben, wird sich einfinden und wird für die ganze Provinz von Nutzen sein. (Bravo!)

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Der Herr Abgeordnete Lueg hat das Wort.

Abgeordneter Lueg: Meine Herren! Ich wollte dem Abgeordneten Herrn von Boff nur bemerken, daß, wenn wir in der Petition nur von der Kanalisierung der Mosel gesprochen und die Kanalisation der Saar und der Lahn nicht berührt haben, solches lediglich deshalb und die Kanalisation der Saar und der Lahn nicht berührt haben, solches lediglich deshalb geschehen ist, weil wir geglaubt haben, es sei unnöthig. Es hat nämlich die Königliche Staats-regierung erklärt, daß sie dem Projekte der Moselkanalisierung nur unter der Voraussetzung näher-treten werde und könne, wenn gleichzeitig die Kanalisation der Saar und Lahn damit in Ver-bindung gebracht würde, um auf diese Weise die befürchteten Verschiebungen nach Möglichkeit auszugleichen. Hiermit ist die gesammte niederrheinische Industrie vollständig einverstanden. Aus diesem Grunde habe ich es nicht besonders erwähnt, aber ich kann meinerseits die Versicherung geben, daß die niederrheinische Industrie für die Saar- und Lahnkana-lisation mit der gleichen Wärme eintreten wird. (Bravo!)

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Der Herr Abgeordnete Tenge hat das Wort.

Abgeordneter Tenge: Ich würde nicht ums Wort gebeten haben, wenn nicht Herr Abgeordneter Muth die Aeußerung gethan hätte, daß er Einstimmigkeit bei allen Vertretern der Saar in der Kanalfrage voraussetzte, wenn hier eine Befürwortung der vorliegenden Petition eintreten soll. Meine Herren! Die sämtlichen Vertreter der Saar sind nicht alle einer Meinung in dieser Angelegenheit und können das nicht sein. Ich will auf die Gründe, warum sie das nicht können, nicht weitläufig eingehen; ich möchte aber hervorheben, daß es Gründe persönlicher Natur nicht sind und daß es wohl wünschenswerth gewesen wäre, wenn Namen nicht in die Debatte hereingetragen worden wären, wie wir dies gehört haben, da deren Träger nicht in der Lage sind, sich zu vertheidigen. Ich würde auch glauben, daß es wünschenswerth ist, daß die Stellungnahme der Handelskammer zu Saarbrücken nicht, wie geschehen, in die Debatte hineingezogen wäre. Ich muß es den Herren der Handelskammer in Saarbrücken überlassen, sich selbst zu vertheidigen. Ich glaube, deren Botum gehört nicht hierher und es liegt der Beweis einer gewissen verminderten Werthschätzung darin, daß Herr Abgeordneter von Boff gesagt hat, das Botum der Handelskammer in Saarbrücken ist kein unparteiisches. Ich möchte und muß Sie auf ein anderes Botum hinweisen, auf das Botum der Königlichen Bergwerksdirektion in Saarbrücken. Die Bergwerksdirektion hat sich durchaus ungünstig gegenüber dem Kanalprojekt geäußert und eine positiv ablehnende Haltung eingenommen. Sie hat zahlenmäßig und ziffernmäßig den sehr bedeutenden Schaden nachgewiesen, der für den Absatz unserer Saarkohle daraus entsteht. Das ist der Grund, den ich Ihnen mittheilen muß, warum wir uns gegen den Kanal aussprechen. Wir können hier nicht von einem allgemeinen Standpunkte ausgehen, wir müssen uns fragen, welches ist der Einfluß des Kanales auf unsere eigene Gegend. In dieser Beziehung sind wir uns selbst die nächsten und wir haben zunächst unsere eigenen Interessen zu vertreten.

Meine Herren! Wir wohnen nicht an der Saar selbst, haben auch nicht den eventuellen direkten Vortheil einer Kanalisierung der Mosel, bezw. der unteren Saar. Wir sind mit der Saar und mit einem eventuellen Saarkanale durch die Eisenbahn verbunden und es lasten auf dem Verkehre unserer Gegend mit einem Saarkanale immer die erhöhten Kosten für die Aus- und Umladungen. Meine Herren! Dies kommt hier wesentlich in Betracht.

Hauptsächlich aber muß ich ferner Gewicht legen auf die Gefahr schlimmerer Conjunctionen, welche aus einem Kanale für unsere Kohle eintritt. Meine Herren! Wir in der nächsten Nachbarschaft von der Saar leben hauptsächlich vom Bergbau und mit der Blüthe des Bergbaues hängen auch unsere vitalsten Interessen zusammen. Wenn die Kohle keinen Absatz mehr hat, kann unser Bergmann auch nicht mehr leben und es sind Zustände möglich, welche wirklich bedrohlicher Natur werden können, wenn unsere Kohle nicht mehr den Absatz hat, den sie jetzt findet, wenn unser Bergmann nicht mehr in gleicher Weise zu gutem Verdienste kommt wie gegenwärtig. Meine Herren! Es sind bei uns Kolonien entstanden lediglich in Folge der Gruben, Kolonien, die bloß aus Bergleuten bestehen, welche zum Theil mit der Landwirthschaft nicht mehr im Zusammenhang stehen. Wenn unser Kohlenabsatz nicht mehr blüht, können unsere Gemeinden auch nicht mehr existiren. Meine Herren! Wir sehen daraus eine Kalamität für unsere Gegend entstehen, welcher wir vorbeugen müssen in der Hoffnung, daß der Ausführung des Kanalprojektes nicht näher getreten wird, ohne daß gründlichste Prüfung des Für und Wider eintritt.

Meine Herren! Es ist auch in unserer Gegend damals eine — ich will nicht sagen Enquête — aber doch eine gründliche Prüfung der Kanalfrage vorgenommen worden, und, meine

Herrn, aus meiner Gegend ist ein allgemeines negatives Urtheil hierüber abgegeben worden und zwar, meine Herren, nicht bloß von der Eisenindustrie, sondern — ich hebe dies ausdrücklich hervor — auch von der Land- und Forstwirtschaft. Auch die Landwirtschaft hat sich bei uns gegen die Kanalisierung erklärt und gesagt: wir sind jetzt in der Lage, noch günstig verkaufen zu können; wir können es nicht mehr, wenn auf dem Wasserwege billigere Produkte zu uns herübergeführt werden. Ich muß dies speziell betonen und, wenn ich den Antrag mir ansehe, meine Herren, wie er in der Denkschrift hier vor den hohen Landtag gekommen ist: es möge der hohe Provinziallandtag sich für die Nützlichkeit und Nothwendigkeit der Kanalisierung der Mosel aussprechen, also er möchte eine positive Stellung zu diesem Projekte einnehmen, meine Herren, so habe ich hier auch die Frage der Kompetenz des Landtages zur Entscheidung in dieser Angelegenheit aufzuwerfen. Die Geschäfte des Provinziallandtages sind in den §§. 34—44 der Provinzialordnung im Allgemeinen angegeben; ich finde keine Bestimmung, woraus zu schließen ist, daß der Landtag in die Lage kommen könnte, positiv zu sagen: wir erklären den Kanal für einen Vortheil für die Allgemeinheit und befürworten dessen Ausführung. Meine Herren! Auch diesen formellen Punkt möchte ich nicht unerwähnt lassen.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. von Böß.

Abgeordneter Dr. von Böß: Meine Herren! Um auf die Schlusssätze des Herrn Vorredners mit einem Worte einzugehen, so kommen sie darauf hinaus, daß das in der Verfassung jedem Preußen garantierte Recht der Petition dem Landtage einer Provinz nicht zustehen soll. Daß diese staatsrechtliche Betrachtung bei irgend Jemand Anklang finden möchte, steht wohl kaum anzunehmen.

Was die Censur betrifft, die der Herr Vorredner an meinen Worten geübt hat, so will ich dem hohen Hause überlassen zu beurtheilen, ob sie berechtigt war; ich glaube mich zu erinnern und empfehle dem Herrn Vorredner die betreffende Stelle des stenographischen Berichtes einer Prüfung zu unterwerfen, daß ich mich von Angriffen gegen eine Person vollständig fern gehalten habe. Daß ich den Hauptgegner der Stromkanalisierungen mit Namen genannt habe, ist im Grunde eine Zufälligkeit, denn seine Stellung zur Sache ist ja längst allgemein bekannt. Damit ist doch eine Schärfe in die Diskussion ganz gewiß nicht hinein gebracht worden.

Was meine Erwähnung der Saarbrückener Handelskammer und ihrer Stellungnahme zu dem Projekte betrifft, so werden Sie mir zugeben, daß ich die schuldige Rücksicht auf diese Körperschaft sogar durch ausdrückliche Hervorhebung gewahrt habe. Ich habe allerdings den Ausdruck gebraucht, daß diese Handelskammer nicht in demselben Maße wie andere Handelskammern von sich sagen könne, daß sie sich als die einheitliche Interessenvertretung von Handel und Gewerbe ihres Bezirks darstelle. Wenn eine so starke Mitgliederzahl aus einer Körperschaft ausscheidet, wie dies dort geschehen und, wie ich jetzt hinzufügen will, der Kreis von Wählern, aus deren Wahlen sie hervorgegangen ist, sich dann dauernd von den Wahlen zu dieser Kammer fern hält, wenn ferner die Einwohnerschaft der größten Stadt des Kreises mit Einstimmigkeit ein anderes Votum fällt als die Handelskammer, so wird man wohl zugeben, daß mit der Behauptung, diese Handelskammer habe nicht die Gesamtinteressen von Handel und Wandel im Bezirke hinter sich, nicht zu weit gegangen ist. (Sehr richtig!)

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Der Herr Abgeordnete Simons hat das Wort.

Abgeordneter Simons: Als Vertreter eines industriellen Bezirks, der nicht direkt, aber indirekt betheilig ist an der Kanalisierung der Mosel und Saar, kann ich nur dem Gefühl Ausdruck geben, daß wir uns schon lange Jahre darüber verwundert haben, daß diese wichtige Frage nicht schneller in

Fluß gekommen; wir sahen eine starke Opposition und glaubten in der letzten Zeit, daß diese wesentlich abgeschwächt worden ist. Nach den Mittheilungen, die uns heute geworden sind, bin ich der Meinung, daß doch eine überwiegende Majorität im Hause vorhanden sein muß, welche sich für die Kanalisierung ausspricht. Nun scheint es mir aber nicht opportun, daß wir die Sache noch einer Commission übergeben. Nach den ausführlichen Erklärungen, welche die Sache im hohen Hause gefunden hat, glaube ich, daß wir uns heute schon schlüssig machen können, und ich möchte den Antrag stellen, entsprechend auch dem Antrage der Herren Lueg und von Boff, daß wir heute im Plenum uns für die Nützlichkeit dieser beiden Kanäle aussprechen.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Michels.

Abgeordneter Michels: Meine Herren! Ich möchte nur ganz kurz hervorheben, daß die Stadt Köln die Kanalisation auf das lebhafteste begrüßen würde; sie sieht darin eine Wiederherstellung der alten natürlichen Wasserstraße und der Verbindung, die wir mit der Mosel gehabt haben. Ich glaube aber, daß bei der Wichtigkeit der Sache und angesichts des Wortlautes des Antrages der drei Vereine, wonach der hohe Landtag die Nützlichkeit und Nothwendigkeit der Kanalisation aussprechen möge und namentlich bei der abweichenden Meinung des Herrn Abgeordneten Tenge, eine Verhandlung in der Commission absolut erforderlich ist. Ich glaube, wenn wir heute hier zustimmen, würden wir ein zu rasches Urtheil fällen, und ich halte dafür, daß die Einwendungen, die der Herr Abgeordnete Tenge gemacht hat, einer Prüfung seitens des hohen Hauses unterzogen werden müssen. Ich möchte deshalb mich dem Antrage des Abgeordneten Lueg, daß die Sache an eine besondere Commission verwiesen wird, anschließen.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Andreae.

Abgeordneter Andreae: Meine Herren! Es war mir hochehrfrohlich, daß in der Diskussion von einer Seite, von welcher bisher die Opposition herkam, zustimmende Aeußerungen gefallen sind. Es ist vielfach die Rede gewesen von dem Votum der Handelskammern. Ich habe die Ehre, auch eine Handelskammer zu vertreten und darf wohl sagen, daß von allen Handelskammern der Provinz, mit Ausnahme glaube ich von zwei, zustimmende Voten für die Kanalisierung der Mosel gegeben worden sind. Daß die Handelskammern, die also vorzugsweise den Handel vertreten, überhaupt in der Kanalisierung der Mosel eine Hebung des Handels erblicken durch Herstellung der natürlichen Wasserstraßen, die verbinden soll das große Kanalnetz Elsaß-Lothringens mit dem Rheine und später wiederum durch den hoffentlich zu erbauenden Kanal Rhein-Ems mit dem Nordwesten.

Meine Herren! Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob zweckmäßig die Sache in einer Commission behandelt oder sogleich im Plenum erledigt werden soll. Nachdem die Discussion schon soweit fortgeschritten ist, würde ich mich auch dafür aussprechen, daß wir sie hier im Plenum zu Ende führen. Es ist ja doch eine alte Sache, sie ist seit zwei Jahren in allen Handelskammern, in allen wirthschaftlichen Vereinen durchgesprochen worden, und die Presse hat sie seit zwei Jahren gründlich von allen Seiten beleuchtet; die Presse hat ja auch Bericht erstattet über das, was im sogenannten Mosellandtage in Coblenz verhandelt worden ist, wo meiner Ansicht nach eine nicht gerechte Sache und zwar mit großer Schneidigkeit und Energie vertheidigt worden ist von ganz Einzelnen gegenüber der überwiegenden Majorität. Ich würde also den Herrn Antragsteller bitten, seinen Antrag auf Ueberweisung an eine Commission zurückzuziehen und dem hohen Hause anheimgeben, die Sache im Plenum zu verhandeln.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lueg.

Abgeordneter Lueg: Meine Herren! Ich möchte zuvörderst bemerken, daß die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Tenge nicht ganz richtig sind, welcher von der Ausführung der

Kanalisation der Mosel eine Gefahr für das Bestehen und Gedeihen des Bergbaues an der Saar befürchtet. Er befürchtet, daß die Arbeiter nicht mehr in dem Maße beschäftigt werden könnten, als solches heute der Fall ist. Nun ist aber notorisch, daß die Kohlenbergwerke an der Saar schon seit längerer Zeit absolut nicht in der Lage sind, den Bedarf zu decken, daß sie sogar den einzelnen Werken bisher vorgeschrieben haben: wenn du noch weitere Oefen aufstellen willst, das geht nicht, dafür haben wir keine Kohlen. Weiter ist auch der Nutzen ein sehr erheblicher, den das Saarrevier zur Zeit erzielt. Die Kohlenpreise sind dort sehr hoch; Sie haben vielleicht aus den öffentlichen Blättern entnommen, daß aus dem Saargebiet man bei dem Herrn Minister dahin vorstellig geworden ist, daß die Kohlenpreise ermäßigt werden müßten, da andernfalls die dortigen Werke nicht mehr existiren könnten. Meine Herren! Das sind doch alles Anzeichen, daß die Kohlenindustrie an der Saar wenigstens jetzt nicht in einem solchen Zustande sich befindet, daß dieselbe berechtigten Einspruch erheben kann, und wenn wirklich durch die beabsichtigte Verkehrs-erleichterung vielleicht die Kohlenpreise eine Kleinigkeit an der Saar zurückgehen würden, so glaube ich, würden die Herren an der Saar nicht sehr unglücklich, vielmehr glücklich sein.

Was nun die geschäftliche Frage der Sache anlangt, so habe ich den Antrag gestellt, die Sache an eine Commission zu verweisen, um, wenn vielleicht erhebliche Bedenken vorhanden sein sollten, Gelegenheit zu bieten, dieselben auszusprechen. Wenn aber die Herren anderer Ansicht sind, wie das mir der Fall zu sein scheint, so bin ich meinerseits sehr gerne bereit, den Antrag auf Bestellung einer besonderen Commission zurückzuziehen.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Becker.

Abgeordneter Becker: Meine Herren! Persönlich begrüße ich ja auch diesen Gedanken der Moselkanalisation aus allgemeinen Interessen mit großer Freude. Es liegt aber jedenfalls keine volle Uebereinstimmung über die Zweckmäßigkeit derselben im Hause vor, es fühlt sich doch ein größerer oder kleinerer Theil der Provinz durch diesen Gedanken benachtheiligt, und aus diesem Grunde scheint es mir eigentlich nicht richtig, wenn wir nun in einer einzigen Verhandlung im Plenum die Sache als eine ganz zwelfsfreie durch Beschluß erledigen wollen. Ich meine, wir müßten doch allen Theilen der Provinz, selbst bei vielleicht für unrichtig gehaltenen Befürchtungen, die Sicherheit geben, daß die Gründlichkeit unserer Verathungen dann erst recht nichts zu wünschen übrig läßt. Nur aus diesem Zweckmäßigkeitsgrunde, der ja auch zu andern Zeiten anderen Sachen ebenso anderen Theilen der Provinz zu Gute kommen kann, und weil wir im Anfange der Session stehen, also keinerlei Zeitverlust erleiden, wenn wir die Sache heute nicht definitiv erledigen, möchte ich doch empfehlen, daß der Herr Referent seinen Antrag aufrecht erhält, und daß Sie die Ueberweisung an eine Commission beschließen.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Tenge.

Abgeordneter Tenge: Meine Herren! Ich möchte den Antrag des Herrn Oberbürgermeisters Becker meinerseits warm befürworten, umsomehr, als eben hervorgehoben ist, daß die Saarkohlen einen derartigen Absatz hätten, daß die Gruben nicht dagegen anarbeiten könnten. Meine Herren! Das mag in anderen Gründen liegen, und ist hauptsächlich hervorgerufen, wie wir alle wissen, durch die Folgen der Streikzeit. Wenn kürzere Arbeitszeit hat eingeführt werden müssen, kann nicht in demselben Maße gefördert werden wie früher; und daß dadurch die Produktionsfähigkeit nachläßt, dürfte wohl nicht fraglich sein. Ich bitte umsomehr um die Vorberathung der Angelegenheit in einer Commission, als dann auch Gelegenheit geboten sein wird, die Stellungnahme der königlichen Bergwerks-Direktion in Saarbrücken einer genauen Prüfung zu unterwerfen und ich glaube, dieses Votum ist wichtig genug, um dort zum Vortrage gebracht zu werden.

Dem Herrn Abgeordneten von Bofz möchte ich erwidern, daß auch ich das Urtheil über das, was ich gesagt habe und was der Herr gesagt hat, dem hohen Hause überlasse.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. von Bofz.

Abgeordneter Dr. von Bofz: Ich meine, wenn das hohe Haus unter dem Eindrucke steht, daß sich ein Wechsel der Stimmung nicht mehr vollziehen wird, da die Angelegenheit seit nachgerade drei Jahren den Gegenstand eingehender Erörterung in Fachkreisen und Laienkreisen gebildet hat, so würde ein zureichender Grund, noch zu einer Commissionsberathung zu schreiten, kaum vorliegen. Dagegen möchte es allerdings bei der Wichtigkeit der Sache und bei dem dauernden Interesse, welches der bevorstehenden Abstimmung beizumessen ist, allerdings wünschenswerth sein, daß eine namentliche Stimmabgabe stattfinde. Ich würde daher, falls Commissionsberathung nicht beschloffen wird, bitten, den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen zu wollen. Wird diese namentliche Abstimmung vorgenommen, dann ersieht man klar, welche Gegenden bezw. welche Vertreter der verschiedenen Gegenden von der die Kanalisierung wünschenden Mehrheit dissentiren, damit würde aber im Wesentlichen dasselbe erreicht werden, was durch eine Commissionsberathung zu erreichen wäre.

Abgeordneter Graf Brühl: Meine Herren! Ich glaube, die Stimmen werden bei der hohen Staatsregierung nicht gezählt, sondern gewogen. Es kommt auf die Gründe an. Wir wollen bei derartigen Dingen nicht lediglich darnach gehen wie viele heute zufällig dafür gestimmt haben, sondern wir wollen auch der Königlichen Staatsregierung ein möglichst begründetes Gutachten abgeben. Dafür ist meines Erachtens eine Commissionsberathung sehr wichtig. Ich würde sogar dann der Commission schriftliche Berichterstattung empfehlen. Ich glaube, daß hier auch eine ganze Reihe von Gegenden sind, die ebenso wie der von mir vertretene Kreis vielleicht ein unmittelbares Interesse an der Mosel- und Saar-Kanalisation nicht haben, welche aber doch glauben, daß durch jede neue Verkehrsstraße mittelbare Vortheile auch ihnen zukommen könnten, besonders auch in der Hoffnung, daß die Herren später auch einmal ein warmes Herz für die Gegenden haben, denen von dem Kanal kein Vortheil zukommt. Ich möchte sagen, da ich so für den Kanal eintrete, daß ich es thue in der Hoffnung, daß später einmal auch ein Kanal in der Richtung vom Unterrhein nach Aachen zu oder nach Euskirchen hin möglich sein wird, damit die Gegenden später vielleicht zu einem Ausgleich kommen. Es kommt in Betracht der Kreis Weßlar, welcher Nachtheile haben wird und daß wir auch für diesen Kreis sorgen müssen wie für den ganzen Westerwald. Ich glaube, um so mehr ist es nothwendig, daß eine ganz gründliche Commissionsberathung eintritt.

Abgeordneter Lueg: Meine Herren! Mit Rücksicht auf die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters von Köln bin ich auch bereit, meinen Antrag wieder aufzunehmen, um den Schein zu vermeiden, als wenn meinerseits eine Ueberstürzung beabsichtigt würde.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Es hat sich weiter Niemand zum Wort gemeldet. Ich schließe die Diskussion und bringe die Anträge über die Behandlung der Sache zur Abstimmung. Ich werde an den Landtag die Frage richten, ob er wünscht, daß eine besondere Commission von 15 Mitgliedern zur Vorbearthung dieses Gegenstandes gebildet werde. Für den Fall, daß der Landtag diesen Antrag ablehnen sollte, würde über den Antrag des Herrn Abgeordneten von Bofz auf namentliche Abstimmung in Betreff der Petitionen zu befinden sein. Ich bitte also diejenigen Herren, welche die Angelegenheit an eine Commission von 15 Mitgliedern verwiesen haben möchten, sich zu erheben. (Geschlecht.) Das ist die Majorität. Der Antrag

geht an die Commission. Wir kommen zu dem folgenden Gegenstand der Tagesordnung, betreffend die Vorlage der Königlichen Staatsregierung über die Errichtung einer Zwangsgenossenschaft zur Herstellung von Thalsperren im Wuppergebiete. Wünscht einer der Herren zu dieser Angelegenheit das Wort?

Ich ertheile dasselbe dem Herrn Commissarius des Herrn Ober-Präsidenten.

Commissarius des Ober-Präsidenten, Landrath Königs: Der Gesetzentwurf, meine Herren, welchen die Königliche Staatsregierung dem hohen Provinziallandtag zur Begutachtung vorgelegt hat, bezweckt die Bildung von Thalsperren-genossenschaften im Gebiete der Wupper, um auf gesetzlichem Wege zu ermöglichen, daß die Minorität der einen Beitrag weigernden Gewerbetreibenden nach Maßgabe des Vortheils, den die Thalsperre für sie hat, gezwungen werden kann, dieser Genossenschaft beizutreten, nach Analogie der auf landwirthschaftlichem Gebiet segensreich wirkenden Wiefengenossenschaften mit gesetzlichem Beitrittszwang. Unter Thalsperren, die ja in letzter Zeit wiederholt zur Erörterung gestanden haben, sind große Wasserreservoirs zu verstehen, welche in den Seitenthälern und an den Quellen der Flüsse durch Sperrmauern gebildet werden und in welchen das nutzlos oder gar schadenbringend abfließende Wasser in den wasserreichen Monaten aufgespeichert wird, um für die wasserarmen Monate auszuweichen und dadurch eine Regulirung des Wasserabflusses herbeizuführen. Die Vorbedingung für die Errichtung derartiger Thalsperren sind enggeschlossene Thäler, fester Untergrund, festes Gebirge, an welches diese Mauern sich anlehnen können und vor allen Dingen das genügende Wasser, welches zur Verfügung stehen muß, um den Nutzen herbeizuführen, der durch die Anlage beabsichtigt wird. Der Wupperfluß, um den es sich im vorliegenden Falle handelt, der wohl als einer der gewerblich nutzbringendsten Flüsse der Monarchie bezeichnet werden darf, erfüllt alle diese Bedingungen. Die Wupper, welche sich in einer Länge von über 100 Kilometer von Marienheide im Kreise Gummersbach durch die Kreise Wipperfürth, Lennep, Barmen, Elberfeld, Mettmann und Solingen fließend, in den Rhein ergießt, zählt, abgesehen von den in ihrer industriellen Bedeutung stets wachsenden großen Städte Barmen und Elberfeld zur Zeit noch über 120 Anlagen, welche die Wasserkraft der Wupper ausnutzen und welche die Wassermenge der Wupper zu sonstigen gewerblichen Zwecken, wie Wäscherei, Färberei u. s. w. verwenden und nothwendig haben. Leider ist es eine Erfahrung, die sich in den letzten Jahren immer mehr aufgedrängt hat, daß die Regelmäßigkeit des Wasserlaufes der Wupper von Jahr zu Jahr abnimmt und damit der Werth der Wasserkräfte für die gewerblichen Zwecke, wie sie in der Regelmäßigkeit dieser Wasserkräfte bestehen, immer mehr vermindert wird. Es leiden darunter — und das möchte ich von vornherein betonen — namentlich die kleinen Hammerwerke, die zahlreichen Schleifereien, welche nicht in der Lage sind, wie die größeren Fabriken durch ausgleichende Dampfmaschinen die Kraft auch für die wasserarme Zeit zu verschaffen und welche vor allen Dingen nicht die großen Stauanlagen ausführen können, die die Großfabriken für ihre Zwecke auszuführen in der Lage sind. Es ist dies der Hauptgrund, weshalb bereits eine nicht unbeträchtliche Zahl von Hammerwerken und Schleifereien außer Betrieb sind und wenn trotzdem noch über 120 gewerbliche Anlagen an der Wupper bestehen, die die Kraft und die Menge des Wassers ausnutzen und in einer Weise ausnutzen, daß einzelne Fabriken darunter sind, welche jede für sich 25 Wasserpferdekkräfte im Durchschnitt des Jahres immer noch zur Verfügung haben, so dürfte daraus die Bedeutung einer Anlage erhellen, welche einen in den trockenen Monaten vermehrten und regelmäßigen Wasserabfluß bezweckt. Die Gründe der Abnahme des regelmäßigen Wasserabflusses werden in erster Linie in dem Waldnothstand zu suchen sein, der sich im ganzen Wuppergebiete und in seinen Seitenthälern von Jahr zu Jahr

bedenklicher geltend macht. Abgesehen von einem sehr wohl gepflegten Waldgut des Grafen Spee im Brucherthale ist fast der ganze Waldbestand an den Gehängen der Wupper im Privateigenthum von kleineren Besitzern, welche durch die Noth getrieben sind, die Waldstreu aus ihren Büschen — Wälder nennen die Leute gar nicht mehr was sie haben — abzuhacken, um es mangels genügenden Strohs als Einstreu für ihre Ställe zu benutzen. Dazu kommt, daß sie eben der geringen Erträgnisse ihrer Betriebe wegen jede Gelegenheit gern benutzen, die noch kümmerlich stehenden Bäume als Grubenholz zu verkaufen, ohne daß sie daran denken und daran denken können, irgendwie für eine rationelle Wiederaufforstung zu sorgen. Diese Thatsache hat den landwirthschaftlichen Centralverein veranlaßt, bei einer hohen Staatsregierung vorstellig zu werden, damit möglichst bald diesem zunehmenden Waldnothstand in unserer Rheinprovinz durch energische gesetzliche Maßnahmen entgegengetreten werde. Im Jahre 1887 wurde durch ein Reskript des damaligen Herrn Handelsministers die Frage angeregt, ob nicht durch Errichtung von Thalsperren die vorhandenen Wasserkräfte des Landes besser nutzbar gemacht werden könnten. Dieses Reskript des Herrn Handelsministers wies auf das erfolgreiche Vorgehen in den Reichslanden hin, namentlich in den Vogelfenthälern und war die Veranlassung, daß sich einige Interessenten der Wupper zusammenthaten, um der Frage, die sie schon lange beschäftigt hatte, praktisch Ausdruck zu geben. Es gelang dem vorbereitenden Comité den als Autorität in wassertechnischen Sachen anerkannten Professor Inge von der technischen Hochschule in Aachen für das Projekt zu gewinnen, welcher — und ich halte mich dazu verpflichtet, dies hier hervorzuheben — in selbstloser Weise durch zweijährige unermüdlige Thätigkeit die Arbeit so gefördert hat, daß sie jetzt als gutgeheißenes Projekt von der königlichen Staatsregierung dem Provinziallandtage hat vorgelegt werden können. Die Arbeiten des Professors Inge, bei denen er eine solche Aufopferung bewiesen hat, sind getragen von dem Eifer, die unermesslichen Schätze, die die Natur in den Wasserkraften des Landes gegeben, zum Segen des Landes und zum Segen der Menschheit nutzbar zu machen. Es wurde, nachdem Professor Inge sich über die generellen Vorbedingungen informirt hatte, eine Versammlung sämtlicher Wupper-Interessenten im März 1888 zusammenberufen. In dieser Versammlung, in welcher über 100 Interessenten vertreten waren, gelang es unter wesentlicher Mitwirkung des damaligen Regierungs-Präsidenten, jetzigen Handelsministers Herrn Freiherrn von Berlepsch, daß sofort ein Comité gebildet und von diesem 18 000 M. zur Verfügung gestellt wurden, um die speziellen Vorarbeiten in Angriff zu nehmen. Die Vorarbeiten wurden alsbald von Herrn Professor Inge begonnen; sie bestanden einmal darin, eine genaue Karte des ganzen Wuppergebiets auszuarbeiten und das Nivellement sämtlicher Wuppergefälle aufzunehmen, die geologischen Verhältnisse der Thäler, die für die Sperre ausersehen waren, festzustellen und das Steinmaterial durch die königliche Prüfungsstation in Charlottenburg auf seine Widerstandsfähigkeit aufs Genaueste untersuchen zu lassen, vor allen Dingen aber die Wassermengen zu ermitteln, für welche die Thalsperren angelegt werden sollen. Diese Vorarbeiten waren im Oktober 1889 beendet, so daß die Versammlung sämtlicher Wupper-Interessenten wiederum zusammenberufen wurde und diese die Freude hatten, auf ihre dringende Einladung hin, die Vertreter der beteiligten Ministerien an ihren Verhandlungen Theil nehmen zu sehen. In dieser Versammlung wurde nach dem eingehenden Vortrage des Professors Inge — eine Anzahl Exemplare des Vortrags erlaube ich mir hier zur Verfügung des hohen Hauses zu stellen — von den Vertretern der Ministerien die Bedeutung dieses Unternehmens und die technische Möglichkeit der Durchführung durchaus anerkannt.

Ich möchte mir gestatten Ihre Geduld noch kurze Zeit in Anspruch zu nehmen, um die wesentlichen Resultate dieser Vorarbeiten Ihnen vorzuführen. Es war zunächst in Aussicht

genommen eine Thalsperre anzulegen an der Quelle der Wupper im Brucherthal, ferner eine Sperre im Beverthale, einem Seitenthale der Wupper, und drittens eine Sperre im Ulfethale, einem zweiten Seitenthale der Wupper. Zunächst kam es darauf an, die zur Verfügung stehenden Wassermengen festzustellen. Zu dem Zwecke wurden in den 3 Thälern selbstregistrirende Wassermesser aufgestellt. Es sind das große Trommeln, die mit Papier bespannt sind und durch ein Uhrwerk sich um ihre Aze drehen. Auf die Trommel drückt vermittelt einer Feder ein Griffel, welcher auf dem in einem Ueberlaufe gesammelten Abflußwasser des betreffenden Thales schwimmt und welcher für jede Sekunde das Wasser genau aufzeichnet, das durch die Thäler abfließt. Die graphische Darstellung dieser Aufzeichnungen, die dem Vortrag des Professors Inge beigegeben ist, hat nun in ganz unerwarteter Weise die kolossalen Schwankungen dargelegt, welche das Wasser im Laufe des Jahres durchmacht. Es sind circa 40% des Jahres Trockenheit gerechnet. d. h. Wassermangel und über 100 Tage ist Wasserüberfluß gezählt, und zwar kam der Wasserüberfluß an 9—10 Tagen in solcher Menge, daß nach der graphischen Darstellung die Kurve ganz erstaunlich in die Höhe ging, so daß mit großer Bestimmtheit der gewaltige Nutzen nachgewiesen werden konnte, wenn es gelänge, diese nutzlos und oft schadenbringend abfließende Wassermengen aufzuspeichern für die wasserarme Zeit. Durch die selbst registrirenden Wassermesser ist mit mathematischer Sicherheit ermittelt, daß das Brucher- und das Beverthal im Stande sind im Jahre etwa 12 000 000 cbm Wasser für die trockene Zeit abzugeben, eine Wassermenge, die jetzt vollständig nutzlos vorüberfließt; oder, wenn ich Ihnen ein Beispiel anführen darf, daß das Wasser, welches jetzt in den drei trockenen Monaten des Jahres bei der Stadt Barmen durch die Wupper fließt, und pro Sekunde 600 Liter beträgt, nach Errichtung der beiden Thalsperren pro Sekunde über 3900 Liter betragen würde, also mehr als das $6\frac{1}{2}$ fache und zwar für das ganze Jahr im Mittel berechnet. Die weiteren Untersuchungen haben dann ergeben, daß das in den Thälern vorhandene Steinmaterial (und das ist ein ganz wesentliches Moment), welches bei der Königlichen Prüfungsstation in Charlottenburg geprüft worden ist, eine sehr große Wetterbeständigkeit und Widerstandsfähigkeit besitzt. Es wurde nun, nachdem also der gewaltige Nutzen, der den zahlreichen Werken der Wupper zugute kommt, festgestellt war, nachdem ferner die Kosten berechnet waren, zu der schwierigen Frage der Kostenvertheilung auf die einzelnen Werke übergegangen. Die Thalsperre im Brucherthale ist für einen Inhalt von annähernd 860 000 cbm Wasser vorgesehen, die im Beverthale für einen Inhalt von rund 3 700 000 cbm; dabei ist aber zu berücksichtigen, daß nach den veranstalteten Messungen diese Wasserbassins sich in Folge der häufigen Wiederholung der Hochfluthen mehr als zweimal im Laufe des Jahres füllen werden, wodurch sich jährlich ein Nutzwasserquantum von 12 000 000 cbm ergibt.

Es war nun schwierig, bei den mannigfachen Interessen, die in diesen Thälern vorhanden sind, einen gerechten Vertheilungsplan zu finden. Von vornherein wurde davon abgesehen, die Landwirtschaft irgendwie in das an sich für absolut erforderlich erachtete Zwangsgenossenschaftsgesetz mit einzubegreifen. Denn das Verhältniß des Nutzens der in Rede stehenden Thalsperren ist für die Landwirtschaft ein geringfügiges im Vergleich zu den bedeutenden gewerblichen Interessen (diese haben das Wasser jahraus, jahrein im Gebrauch, die Landwirtschaft in es nur einige Wochen im Jahre), so daß es unbillig erscheinen mußte, die Landwirtschaft in dem Zwange einzubegreifen, der für das Gesetz in Aussicht genommen war. Zudem sind die meisten Grundstücke, wenigstens in dem oberen Wupperlauf im Besitze der Gewerbetreibenden, welche die Ufer kaufen müssen, um sich die Gefälle zu sichern. Die fernere Frage, die sehr

bedeutenden Interessen der beiden industriellen Großstädte Barmen und Elberfeld mit in die Zwangsgenossenschaft einzubegreifen, scheiterte auch an der Unmöglichkeit, die sanitären ästhetischen z. Zwecke, die hier in Frage stehen, in Zahlen festzustellen. Es mußte die Erklärung der Vertretungen dieser beiden Städte genügen, daß sie nach Maßgabe des Vortheils zu den Kosten freiwillig beitragen würden, wie die Stadtverordneten-Versammlung von Barmen solches bereits fest beschlossen hat. Die Kosten der Thalsperre, die sich auf etwa $1\frac{1}{4}$ Millionen Mark belaufen, mußten deshalb in der Hauptsache auf die gewerblichen Interessenten vertheilt werden. Hierbei wurde davon ausgegangen, daß die zu bildende Genossenschaft das Geld anleihe und die Verzinsung und Amortisation auf die einzelnen Gewerbetreibenden repartire. Darnach würde eine Vertheilung von etwa 59 000 M. im Jahre stattzufinden haben, wenn eine Amortisation von $\frac{1}{2}\%$ zu Grunde gelegt wird. Diese geringe Amortisation schien dadurch gerechtfertigt, daß die Anlagen so absolut sicher gebaut werden müssen, daß die Reparaturen von kaum nennenswerther Art sein dürfen, während die Verwaltungskosten auch sehr minimal sind. Von den 59 000 M. wurden von vornherein 20% umgelegt auf die größeren Fabriken, welche das Wupperwasser außer zur Triebkraft auch zu ihren sonstigen Fabrikationszwecken, wie Wasch-, Färberei zc. Zwecken, benutzen. Durch freiwillige Beitrittserklärung der betreffenden Fabrikanten sind von diesen 20% annähernd $\frac{3}{4}$ freiwillig gezeichnet worden. Es blieb dann noch nach Abzug der 15 000 M. jährlich, die für die beiden Städte in Aussicht genommen sind, ein umzulgender Rest auf die durch die Thalsperren geschaffene Mehr-Triebkraft der Werke, ein Rest, welcher ungefähr 33 000 M. ausmacht, mit den 20% also etwa 44 000 M., welche von den Werkbesitzern jährlich aufgebracht werden müssen. Von diesen 44 000 M. sind 27 000 M. freiwillig gezeichnet, aber nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß eben ein Gesetz erlassen würde, welches die Möglichkeit geben soll, die übrigen gewerblichen Interessenten nach Maßgabe ihres Vortheils auch zu dieser Umlage heranzuziehen. Die Mehr-Pferdekraft, die durch die Thalsperranlage geschaffen wird, ist zu 45 M. für den regelmäßigen Jahresbetrieb veranlagt. Es ist das ein geringer Satz, und namentlich ist dieser Satz sehr gering für die kleineren Werke; denn, meine Herren, je größer die Dampfmaschinenanlagen sind und je größer die Fabriken sind, desto billiger stellt sich die Dampfperdekraft im einzelnen gegenüber den kleinen Werken, welche vielleicht nur mit 6 oder 7 pferdigen Maschinen arbeiten. Bei Letzteren stellen sich die Kosten der Dampfperdekraft auf mehr als das Doppelte gegenüber den großen Fabriken, die 2—300 pferdige Dampfmaschinen zum Ausgleich der fehlenden Wasserkraft in Betrieb haben. Trotzdem hat das Comité den gleichen Satz der neu zu schaffenden Wasserpferdekraft für alle Werke angenommen, weil eine Berücksichtigung der kleineren Werke nicht mehr als in der Billigkeit zu liegen schien. Die Beiträge der gewerblichen Anlagen schwanken zwischen jährlich 5000 M. und 7000 M. Sie sehen daraus, meine Herren, daß die Mannigfaltigkeit der Interessen, welche das Wupperthal umfaßt, eine sehr große ist. Von den 44 000 M., die aufzubringen sind, sind von den Interessenten, wie gesagt, 27 000 M. fest gezeichnet worden, also weit über die Majorität der von den Privaten aufzubringenden Gelder.

Es ist nun die Frage, die das Comité und die königliche Staatsregierung bewegte, die Frage der Sicherheit gegen etwaige Durchbrüche dieser Thalsperren besonders angeregt und veranlaßt worden durch das gewaltige Unglück in Nordamerika, in Johnstown, wo ganze Gegenden überschwemmt und unzählige Menschenopfer gefordert wurden. Das Comité hatte sofort durch die gütige Vermittelung des Auswärtigen Amtes die Notizen über die Gründe des Durchbruches des Dammes bei Johnstown erhalten. Jener Damme war ein aufgeschütteter Erddamme und wie

alle Erddämme fortwährend der Einwirkung des Wassers ausgesetzt. Derselbe war in früherer Zeit zur Speisung eines Kanales benutzt und später an einen Fischereiclub verpachtet worden. Dieser hatte, ohne die Fundamente zu verstärken, den Damm erhöht durch Aufstampfen von Erde und zwar so erhöht, daß der Damm 20 000 000 cbm Wasser auffammelte. Die Ausläufe des Dammes waren, um die Fische in dem Wasserreservoir zu halten, verschlossen, die Ueberläufe des Dammes waren aus demselben Grunde mit Sieben versehen und also auch hier der Ablauf des Wassers behindert. Außerdem hatte sich die Krone des Dammes in der Mitte um einen Fuß gesenkt — ein Beweis, daß damals schon jeden Augenblick die Gefahr des Dammbrechens bestand. Nun kam die ungeheuere Hochfluth und gerade an der Stelle, wo sich die Krone des Dammes gesenkt hatte, ereignete sich das Unglück. In ungefähr $\frac{3}{4}$ Stunden entleerten sich die 20 Millionen Kubikmeter Wasser und führten das namenlose Elend herbei, worüber ja die Zeitungen ausführlich berichtet haben. Ähnliche Gründe waren es, welche einen Dammbrech in Valparaiso veranlaßt haben, ähnliche Gründe waren es auch, welche vor 20—30 Jahren den Dammbrech in Sheffield zur Folge hatten, es waren dies auch Erddämme. Endlich, was den Durchbruch der Thalsperre in Montreux vor 2 Jahren angeht, von der in den Zeitungen auch berichtet war, so war dies ein ganz kleines Wasserreservoir von 6000 cbm, in ungenügender Weise construirt, sodaß die Schweizer Regierung angeordnet hatte, daß das Reservoir nur zur Hälfte gefüllt werden dürfte. Durch ein Mißverständniß des Wärters, welcher beauftragt wurde, nicht zu füllen, aber verstand „Füllen“, und es bis obenhin füllen ließ, erfolgte jener Durchbruch. Diese Durchbrüche sind auf ganz grobe Constructionsfehler zurückzuführen, die sich eben bei vorsichtiger, genauer und gründlicher Ausführung vollständig vermeiden lassen. Als Beispiel gründlicher Ausführung erlaube ich mir, abgesehen von den Thalsperren der Vogesen, die von Professor Inze seit einem Jahre in Angriff genommene Thalsperre in Remscheid, die auf Kosten der Stadt Remscheid für die Wasserversorgung dieser Stadt gemacht wird, anzuführen. Diese Thalsperre, die 1 Million Kubikmeter fassen soll, ist $2\frac{1}{2}$ m tief in den Felsen eingehauen, in einer Mauerstärke von $14\frac{1}{2}$ m in den Fundamenten. Die Mauer ist nach dem Wasser zu in einem Radius von 125 m kreisförmig ausgebaut, sodaß der Druck des Wassers zusammenschließend und nicht auseinanderreisßend wirkt, ferner sind die einzelnen Steinschichten rechtwinkelig zum Wasser gemauert, sodaß die Druckwirkung des Wassers im rechten Winkel gebrochen wird. Es sind daß alles Sicherheitsmaßregeln, von denen sich die Königliche Staatsregierung überzeugt hat, daß sie absolut die Gefahr eines derartigen Durchbruches ausschließen, zumal diese Thalsperre mit den nöthigen Ueberläufen für eventuelle Hochwasserfluthen vollständig versehen ist.

Die Vorarbeiten, welche mit den projektirten Wuppertalsperren verbunden waren, und die zahlreichen Sitzungen der Wupper-Interessenten haben stets und einmüthig den Wunsch erkennen lassen, daß nur durch ein Zwangs-gesetz, wie es der Befürwortung des hohen Provinziallandtages jetzt vorliegt, eine derartige Anlage zu ermöglichen ist. Denn, meine Herren, es ist hier noch viel nöthiger, einen Zwang auszuüben, als bei den Wiefengenossenschaften, wo ja der größte Theil der Grundbesitzer, wenn er nicht will, einfach von den Wohlthaten ausgeschlossen werden kann. Hier aber können Sie, wenn die Thalsperren gebaut sind, keinen Menschen, der sich an der Wupper ansiedelt, und das auf Kosten der andern angesammelte Wasser sich nutzbar machen will, verwehren, diesen Nutzen für sich zu ziehen, und es liegt in der Natur des gewerblichen Lebens, daß, wenn auch die Fabrikanten noch so leistungsfähig, trotzdem nicht in der Lage sind, zum Vortheile ihrer Concurrenten die Gestehungskosten der eigenen Fabrikate mit Kosten zu belasten, von denen ihre Concurrenten frei sind. Es entspricht dem Gebote der Billigkeit und Gerechtigkeit, daß

man jeden nach dem Maße heranzieht, in welchem er auch Nutzen von einer derartigen Anlage hat. (Sehr richtig!)

Die Gefahr, daß die kleineren Werkbesitzer auf Kosten der größeren bei derartigen Zwangsgesetzen übervorthelt werden könnten, meine Herren, ist absolut durch die Bestimmungen des Gesetzes ausgeschlossen. Abgesehen davon, daß bei der vorgelegten Kostenvertheilung die kleineren Werkbesitzer, auf deren Erhaltung es bei diesen Anlagen wesentlich mit ankommt, thatsächlich die Pferdekraft um mehr als die Hälfte gegen jetzt billiger erhalten als die großen, ist ein Schiedsgericht in dem Gesetzentwurf vorgesehen, welches, falls die Voranschläge des Nutzens bestritten werden, zu entscheiden hat und gegen dessen Spruch die Anrufung des Bezirksausschusses zulässig ist. Sollten sich nach Errichtung der Thalsperren Theilnehmer durch die Höhe der Beiträge beschwert fühlen, so ist auch hier das Verwaltungsstreitverfahren im Gesetze vorgesehen, sodaß also den Betreffenden jederzeit die Anrufung des Bezirksausschusses bezw. der oberen Instanzen zusteht, und ich glaube, daß in unseren Selbstverwaltungsgesetzen die nöthige Garantie gegeben ist, daß eben kein Unrecht zu Gunsten der Stärkeren auf Kosten der Schwächeren erfolgen wird. Vor allen Dingen aber, meine Herren, — und das ist wohl auch eine wesentliche Garantie — kann eine derartige Genossenschaft nur dann in's Leben treten, wenn sie die Allerhöchste Genehmigung erhalten hat, wenn sie also in den sämtlichen theilnehmenden Ministerien sowohl auf ihre technische, wie auf ihre wirtschaftliche Frage auf das Genaueste durchgeprüft ist.

Es könnte ja der Gedanke aufkommen, ob nicht bei dem Interesse, welches die Gewerbetreibenden der Wupper bekunden, und bei der Leistungsfähigkeit eines großen Theiles derselben auf freiwilligem Wege eine derartige Genossenschaft zusammenzubringen wäre, und da, meine Herren, können die Erfahrungen des Comités während eines zweijährigen Zeitraums Ihnen das bestimmte Resultat angeben, daß eine Zahl leistungsfähiger Werke, die vollständig in der Lage sind, nach Maßgabe des Nutzens beizutragen, aus nicht stichhaltigen Gründen diese Beiträge verweigerten; sie sagten, entweder laßt die Städte Elberfeld und Barmen bezahlen, wenn die den Nutzen davon haben, oder: laßt die Anderen bezahlen, wenn sie sich dafür interessieren. Daß sie selbst auch einen erheblichen Nutzen haben, bestreiten sie nicht. Das ist eben die Unbilligkeit, die das Gesetz aufheben soll, um derartige Gewerbetreibende nach Maßgabe des Nutzens heranzuziehen. Der Gesetzentwurf hat vorgesehen, daß die Majorität des in den Voranschlägen ermittelten Nutzens maßgebend sein soll, und nicht die Majorität der einzelnen Werkbesitzer. Es erklärt sich das, meine Herren, aus den eigenthümlichen Verhältnissen, welche ein großer Theil der an der Wupper gelegenen Werke, namentlich der Schleifereien, mit sich bringt. Eine einzelne Schleiferei an der Wupper umfaßt oft 60 und mehr Schleifsteine. Das Eigenthumsrecht an diesen Schleifereien vererbt sich nach Antheilen, sodaß der einzelne Schleifkotten oft 30 bis 40 Besitzer hat, und die Zahl der Antheilsberechtigten vermehrt sich mit jedem Todesfalle eines dieser 30—40 Besitzer. Von diesen 30—40 Besitzern einer Schleifstelle eine einmüthige Zustimmung erhalten zu wollen, das ist unmöglich.

Ich möchte auf die Details nicht weiter eingehen, meine Herren, es würde Ihre Zeit zu sehr in Anspruch nehmen. Ich glaube, daß nach zweijähriger gründlicher Arbeit, die wir dem Herrn Professor Inge verdanken, und nach der genauen Vorprüfung der Projekte Seitens der Staatsregierung wir mit Sicherheit darauf rechnen dürfen, daß es sich um ein Unternehmen handelt, welches technisch durchführbar und wirtschaftlich von großem Nutzen ist. Dieser wirtschaftliche Nutzen wird um so größer, je länger diese Thalsperren in Betrieb sein werden; denn eine Menge kleinerer Werke, die jetzt eben der Unregelmäßigkeit des Wasserlaufs wegen ihren

Betrieb haben einstellen müssen, werden, wenn eine regelmäßige Wasserkraft ihnen durch die Thalsperre gegeben wird, diese sich wieder nutzbar machen.

Meine Herren! Die Sache hat noch eine weitgehende Bedeutung: es handelt sich um die Erhaltung zahlreicher kleiner und mittlerer Gewerbe, wie sie im bergischen Lande noch zu Hause sind und einen gesunden Mittelstand repräsentiren, leider aber jetzt schon im Zurückgehen begriffen sind. Diese würden durch eine Nutzbarmachung der zahlreichen Wasserfälle, welche durch die Thalsperren gewonnen werden, um so mehr erhalten werden, wenn, wie zweifellos, es gelingen wird, die gewonnenen Wasserkräfte in den Dienst der Elektrizität zu stellen und durch die elektrische Kraftübertragung die nöthige Kraft in diese kleinen Werkstätten hineinzuleiten und damit also jedem selbstständigen kleinen Manne die Möglichkeit einer wirthschaftlichen Selbstständigkeit und weiteren Existenz zu geben, zum wesentlichen Segen unserer sozialen Verhältnisse in Staat und Reich.

Die königliche Staatsregierung hat Bedenken getragen wegen der Complicirtheit und Neuheit der Sache, den vorgelegten Gesetzentwurf auf die ganze Monarchie sofort auszudehnen; ich glaube aber, daß, wenn dieser Gesetzentwurf die Möglichkeit erwiesen haben wird, in dem industriereichen Thale der Wupper den Nutzen und die großen Vortheile der Thalsperren nachzuweisen, viele Thäler in den bergigen Gegenden des Staates, in Schlesien, der Mark — im Kreise Altmark sind lange schon Thalsperren projectirt — sehr bald nachfolgen werden und daß solche Thalsperren alsdann nicht allein für industrielle Zwecke, sondern auch für die Zwecke der Wasserversorgung der Städte, sowie für landwirthschaftlichen Zwecke in Anwendung kommen werden und wie die Zwecke alle sind, die aus der Nutzbarmachung des großen Reichthums sich ergeben, welchen die Natur dem Lande in den Wasserkraften gegeben hat, die aber jetzt noch zum großen Theile unbenutzt abfließen. (Bravo!)

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Der Herr Abgeordnete Friederichs hat das Wort.

Abgeordneter Friederichs: Meine Herren! Als Vertreter des bergischen Landes und als Rheinländer erbitte ich Ihr ganz besonderes Interesse für diese Vorlage und die thunlichst einstimmige befürwortende Begutachtung an unsere Staatsregierung. Meine Herren, wir Rheinländer sind ja stolz auf unser Land und „auf unsere Leute“, und wahrlich nicht bloß wegen unseres Weines und wegen der sinn- und liederreichen Art, wie wir unseren Durst zu stillen wissen (Heiterkeit), sondern ganz gewiß wegen unseres Fleißes, wegen unserer Tüchtigkeit in Handel und Gewerbe, wegen unserer hervorragenden Leistungen in Kunst und Wissenschaft. Wir waren, meine Herren, wohl bahnbrechend mit für die Stromschiffahrt, wir waren mit bahnbrechend für den Eisenbahnbau, und in unserer Provinzialverwaltung sind wir doch wahrlich mustergültig geworden in Bezug auf humanitäre Anstalten, und was unsere Straßen betrifft, da können wir ruhig herausfordern, um uns bessere zu zeigen. Nun, meine Herren, hier gilt es, die Laune der Witterung zu bekämpfen, um unser Bach- und Flußwasser frei zu machen von dieser Willkür, um es hineinzubringen in das Geseß der Stetigkeit für den Verbrauch des Klein- und Großgewerbes und für den Hausbedarf. Hier ist uns abermals eine Gelegenheit geboten, für unser Rheinland und für unseren Staat wegweisend zu werden, indem wir dieser Gesetzesvorlage unsere Zustimmung geben!

Ich will nicht weiter eingehen auf die ausgezeichnete und umfassende Darstellung unseres Herrn Commissars, ich empfehle Ihnen aber, wegen der großen Bedeutung für unser bergisches Land und auch für den preussischen Staat, die Vorlage einer Commission zuzuweisen, und dort

mit dem größten Interesse die Frage zu untersuchen. Ich bin überzeugt, je mehr Sie sich hinein-
arbeiten, umso mehr werden Sie sich für die Vorlage aussprechen mit zustimmender und
empfehlender Begutachtung an die Regierung.

Ich beantrage die Zuweisung an eine Commission von 15 Mitgliedern. (Bravo!)

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Der Herr Abgeordnete Melbeck hat das Wort.

Abgeordneter Melbeck: Meine Herren! Die Vorlage ist uns bis jetzt noch nicht
zugegangen, ich bin also nicht in der Lage, über den Inhalt mich hier näher äußern zu können,
ich nehme aber an, daß es die Vorlage für ein Spezialgesetz sein soll, und das halte ich für
einen durchaus glücklichen Gedanken. Um die Wichtigkeit dieser Frage recht zu beurtheilen, ist es
erforderlich, daß man die lokalen Verhältnisse im Wuppertthale kennt. Dieser schnell strömende
kleine Fluß durchzieht sieben Kreise und zwar Kreise, wo eine große gewerbliche Thätigkeit ent-
wickelt ist, welche in unserer vaterländischen gewerblichen Thätigkeit von sehr hervorragender
Bedeutung ist. Ich glaube nun, meine Herren, dieses rasch abströmende Wasser, welches bei dem
starken Gefälle der Wupper in wenigen Tagen abfließt, in Reservoirs theilweise aufzusammeln,
ist eine Nothwendigkeit, welche mit den Interessen der Industrie in hohem Maße in Ueber-
einstimmung steht. Ich will aber auch nicht unerwähnt lassen, daß die Landwirthschaft an dieser
Frage einen bedeutenden Antheil hat. Wir haben dieselbe Frage in den landwirthschaftlichen
Centralvereinen zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung gemacht, und der Vorstand hat
sich einstimmig dafür entschieden, daß solche Thalsperrren für die Landwirthschaft, wenn auch nicht
in dem vollen Maße wie für die Industrie ein erhebliches Interesse hat. Wer die zahlreichen
Thäler in dem Wuppertthale, die Wiesenthäler, kennt, der wird überzeugt sein, daß der Landwirth
ein sehr großes Interesse hat, in der trockenen Zeit auch aus den großen Bassins, die wesentlich
für den Gewerbebetrieb bestimmt sind, seine Wiesen zu bewässern. Ich möchte deshalb den
Antrag entschieden unterstützen und stelle anheim, eine Commission von 15 Mitgliedern zu wählen.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Wünscht einer der Herren das Wort zu diesem
Gegenstand? Das ist nicht der Fall. Wir werden uns also über die geschäftliche Behandlung
der Sache schlüssig zu machen haben. Schon gestern ist von dem Herrn Abgeordneten Diege der
Gedanke angeregt worden, eine Commission ad hoc zu bilden. Ich nehme an, daß die Herren
den Gegenstand dieser besonderen Commission zu überweisen beschließen. Ich bitte die Herren
Vorsitzenden der Abtheilungen, morgen eine Viertelstunde vor dem Plenum ihre Abtheilungen zu
versammeln, um sowohl diese Commission, wie auch die Commissionen für die Kanalisation der
Mosel bilden zu lassen.

Abgeordneter Becker: Der Gesetzentwurf wird doch den Mitgliedern des Hauses noch
zur Einsicht vorgelegt werden, damit wir dann noch in der Lage sind, ihn kennen zu lernen.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Der Herr Staatsanwalt Kehl erhält das Wort.

Staatsanwalt Kehl: Meine Herren! Seitens der königlichen Staatsregierung ist der Gesetz-
entwurf erst am vorigen Sonnabend dem Herrn Landesdirektor vorgelegt worden, und es ist nicht möglich
gewesen, eine so umfangreiche Vorlage mit einigen 30 Gesetzesparagrafen — eine ganze Anzahl
von Aktenmaterial und ein umfangreiches Kartenwerk ist beigelegt — dem Provinzialauschuß
zur Erörterung vorzulegen, so daß also in diesem Fall der Provinzialauschuß nicht mehr Gelegen-
heit gehabt hat, sich materiell mit der Sache zu befassen, und es ist wünschenswerth, daß dies
unterblieben ist, weil dadurch doch vielleicht ein erheblicher Zeitverlust eingetreten wäre. Die
Vorlage sowohl, wie die erforderlichen Anlagen werden demnächst sofort dem hohen Hause vor-
gelegt werden.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Der Herr Landesdirektor hat das Wort.

Landesdirektor Klein: Wir müssen unbedingt die Gesetzesvorlage im Druck Ihnen mittheilen. Alles Andere, Anlagen, Karten und dergleichen zu drucken ist nicht möglich. Das Erstere wird aber gleich veranlaßt werden.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Es wird genügen, daß die Anlagen auf dem Bureau des Hauses deponirt werden, zur Einsichtnahme für die Herren Abgeordneten. Damit hätten wir diesen Gegenstand erledigt. Vorhin ist mir der Wunsch geäußert worden, nach der Erledigung des Gegenstandes eine kleine Pause in der Erledigung der Geschäfte eintreten zu lassen, damit die Herren sich mit Rücksicht auf die demnächst vorzunehmende Wahl privatim mit einander besprechen können. — Das Wort hat der Herr Abgeordnete Conze.

Abgeordneter Conze: Meine Herren! Als ich gestern meine Bereitwilligkeit erklärte, die Ersatzwahl des Mitgliedes und stellvertretenden Mitgliedes des Provinzialauschusses sofort vorzunehmen, stand ich unter dem Eindruck, daß wir gegebene fertige Verhältnisse nur zu sanctioniren hätten. Sie haben die Verschiebung der Wahl beschlossen und mittlerweile haben wir gehört, daß unter den Mitgliedern des Regierungsbezirks Düsseldorf große Meinungsverschiedenheiten über die zu wählenden Persönlichkeiten herrschen. In früheren Fällen haben die Mitglieder des Regierungsbezirks versucht, eine Verständigung unter sich zu erzielen, und so scheint es auch in diesem Fall wünschenswerth zu sein, wenn die Mitglieder des Regierungsbezirks die Pause dazu benutzen wollten, um eine Verständigung über die Wahl zu versuchen. Im Auftrag vieler Kollegen erlaube ich mir, die Mitglieder des Regierungsbezirks zu ersuchen, in dem Zimmer der Sachcommission Nr. 1 jetzt während der Pause zu einer kurzen Besprechung über die Wahl zusammenzutreten.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Der Herr Landesdirektor hat das Wort.

Landesdirektor Klein: Ich wünsche das Wort zu einer geschäftlichen Bemerkung. Meine Herren! Es ist, wie ich vorhin wahrgenommen habe, durch Versehen des Landtagsbüreaus die Vorlage des Provinzialauschusses über die Wegereform den Herren vorgelegt worden. Diese Vorlage war indessen von dem Provinzialauschusse zurückgezogen und war statt dessen den Herren eine andere gedruckte Vorlage eingeschickt worden. Die erstere Vorlage wird von dem Provinzialauschusse nicht zur Verhandlung gebracht werden und bitte ich, dieselbe nur als schätzbares Material für die spätere Begutachtung der von Seiten der königlichen Staatsregierung über diese Materie in Aussicht gestellte Gesetzesvorlage zu betrachten.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Meine Herren! Ich schlage Ihnen vor, daß wir bis ein Viertel vor 2 Uhr die Pause halten und nach einer kleinen halben Stunde uns hier wieder versammeln zur Fortsetzung der Geschäfte.

(Pause.)

Meine Herren! Ich bitte den Herrn Schriftführer, das Verzeichniß der Commissionen des Provinziallandtages zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Tenge: Es sind gewählt worden folgende Herren:

	Wahlprüfungs- Commission.	Geschäftsordnungs- Commission.	I. Fachcommission für Berathung der An- gelegenheiten, welche von der I. Abtheilung der Central-Verwal- tungsbehörde ressorti- ren.	II. Fachcommission für Berathung der An- gelegenheiten, welche von der II., III. u. IV. Abtheilung der Central- Verwaltungsbehörde ressortiren.	III. Fachcommission für Berathung der An- gelegenheiten, welche von der V. Abtheilung der Central-Verwal- tungsbehörde ressorti- ren.
Vorsitzender:	Eisenlohr	von Grand-Ny	Melbeck	Friederichs	Kattwinkel
Stellvertret. Vor- sitzender:	Fritzen	Courth	Becker	Conze	Herrmann
Schriftführer:	Graf von Brühl	von Hagen	Kunz	Wallenborn	Freiherr von Scheibler
Stellvertret. Schrift- führer:	Dr. Muth	Fischer	Zweigert	Rossie	Graf von Nesselrode
Mitglieder:	Galby Raab Hoffmann Nöchling Rey Graf Eugen von Hoensbroech Busch Albert Croon Bloem Dr. von Bofz Klein	Theodor Croon Freiherr von Nyx Syrée Kühlwetter von Kühlwetter de Greiff Michels Andreae Büttgenbach Broich Breuer	Graf Beissel von Gymnich Duack Krawinkel de Greiff Jäger Rautenstrauch Freiherr von Hövel, Landrath Dieze Simons Pelzer Dr. Daniel	Graf von Fürstenberg- Stammheim Dr. Benn Laeis Frings Eisenlohr Pelizaeus Dr. Schmidt Lueg Grafu. Marquis von und zu Hoensbroech Reinhard Schlid	Fuchs Freiherr von Diergardt Schneemann van Gauth Freiherr von Plettenberg Schulze Heuser Möllenhoff Scheidt Freiherr von Wenge-Wulffen Kreuzberg

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Meine Herren! Wir gehen über zur Erledigung des vierten Gegenstandes der Tagesordnung:

„Ersatzwahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes für den Provinzialauschuß.“

Die Provinzialordnung sagt im §. 50:

„Für die im Laufe der Wahlperiode ausscheidenden Mitglieder und Stellvertreter haben Ersatzwahlen stattzufinden. Die Vollziehung der Ersatzwahlen muß durch den Provinziallandtag bei dessen nächstem Zusammentritt erfolgen.

Die Ersatzmänner bleiben nur bis zum Ende desjenigen Zeitraumes in Thätigkeit, für welchen die Ausgeschiedenen gewählt waren.“

Seit unserer letzten Tagung sind durch den Tod ausgeschieden das Mitglied des Provinzialauschusses Herr Freiherr von Serbe aus Geldern und das stellvertretende Mitglied des

Provinzialauschusses Geheimer Regierungsrath von Sandt aus Bonn. Es werden also für diese beiden Herren Ergänzungswahlen stattfinden müssen und wird dies in zwei gesonderten Wahlgängen zu geschehen haben. Nach dem Wahlreglement ist der Wahlvorstand zu bilden aus dem Vorsitzenden und zwei oder vier Beisitzern. Ich möchte den Herren vorschlagen, zu Beisitzern zu wählen die beiden Herren Schriftführer, die zu meiner Seite sitzen, die Herren Abgeordneten Tenge und von Hagen. Sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung.) Dann ernenne ich den Herrn Abgeordneten Tenge zum Protokollführer des Wahlvorstandes. Die Herren werden die Stimmzettel an Ihren Plätzen in der kleinen Schublade finden. Ich bitte nun zunächst den Herrn Abgeordneten Tenge, die Namen der Herren Abgeordneten der Reihe nach zu verlesen.

(Namensaufruf.)

Es sind 117 Wähler vorhanden. Ich bitte nunmehr die Herren, beim Aufruf, wie er hier von meiner linken Seite aus erfolgen wird, an die Urne heranzutreten und die Stimmzettel in die Urne zu werfen. Zum ersten Wahlgang bitte ich die Herren den Namen Desjenigen, den Sie als Ersatz für Herrn Freiherrn von Gerde als Mitglied des Provinzialauschusses wählen wollen, auf den Zettel zu notiren. Zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Conze das Wort.

Abgeordneter Conze: Die Mitglieder des Regierungsbezirks Düsseldorf sind, wie ich vorhin erbeten habe, zusammengetreten, um sich über die Aufstellung des Kandidaten zu verständigen. Die Besprechung hat zu einem vollen Einverständnis nicht geführt; es ist zu einer Abstimmung nicht gekommen. Von einer Seite ist vorgeschlagen worden, den jetzigen Stellvertreter Herrn Schlef an Stelle des Herrn von Gerde zu wählen und an Stelle des Herrn Schlef den Herrn Weidenfeld als Stellvertreter; von anderer Seite wurde der Wunsch ausgesprochen, an Stelle des Herrn von Gerde zum Mitglied des Provinzialauschusses Herrn Weidenfeld zu wählen. Diese beiden Anschauungen standen einander gegenüber.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Meine Herren! Ich glaube, das ging weiter, als ich es zulassen darf. Jetzt eröffne ich die Wahlhandlung und bitte die Herren, nach dem Namensaufruf hier zu erscheinen und ihre Zettel in die Urne zu werfen. (Abgabe der Stimmzettel.)

Sind noch Stimmen abzugeben? — Das ist nicht der Fall, ich schließe die Wahlhandlung. (Zählung der Stimmzettel.)

Es sind abgegeben worden 127 Stimmzettel, die absolute Majorität beträgt demnach 64 Stimmen. Der Herr Abgeordnete von Hagen wird die Güte haben, die Namen genau zu zählen, wie ich sie nenne. (Feststellung des Wahlergebnisses.)

Das Abstimmungsergebnis ist Folgendes: Es haben erhalten der Herr Abgeordnete Schlef zu Kanten 87 Stimmen, Herr Franz Weidenfeld 39 Stimmen, außerdem ist ein weißer Zettel abgegeben worden. Wie ich vorhin schon mittheilte, beträgt die absolute Majorität der abgegebenen 127 Stimmen 64, der Herr Abgeordnete Schlef aus Kanten ist also mit absoluter Majorität gewählt worden und wird hiermit als Mitglied des Provinzialauschusses proklamirt.

Wir kommen dann zur zweiten Wahl, das ist die Ersatzwahl für den verstorbenen Geheimen Regierungsrath von Sandt in Bonn, der stellvertretendes Mitglied des Provinzialauschusses war. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Graf von Fürstenberg.

Abgeordneter Graf von Fürstenberg: Meine Herren! Ich möchte Ihnen vorschlagen, an Stelle des verstorbenen Mitgliedes Herrn Geheimrath von Sandt aus Bonn den im Kreise Bonn ansässigen Gutsbesitzer Herrn Frings zu wählen, und beantrage hiermit die Wahl desselben per Acclamation. (Bravo!)

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Die Wahl ist zulässig, wenn von keiner Seite Widerspruch erfolgt. — Der Widerspruch erfolgt nicht, ich darf also constatiren, daß per Acclamation der Herr Gutsbesitzer Frings zum stellvertretenden Mitgliede des Provinzialauschusses gewählt worden ist.

Meine Herren! Wir würden dann zu einer dritten Wahl kommen, indem der Herr Abgeordnete Schlef aus seiner Stelle als stellvertretendes Mitglied des Provinzialauschusses ausgeschieden und in die Stelle eines wirklichen Mitgliedes eingerückt ist. An seiner Stelle würde also ein stellvertretendes Mitglied für den Provinzialauschuß zu erwählen sein. Ich gebe Ihnen anheim, ob Sie diese Wahl sogleich vornehmen wollen, was geschehen könnte, wenn kein Widerspruch erfolgt. Auf der Tagesordnung für heute hat dieser Gegenstand nicht gestanden und konnte nicht darauf stehen, wir sind aber ermächtigt, auch Sachen außerhalb der Tagesordnung zu erlebigen, insoweit sich dagegen ein Widerspruch nicht erhebt. Der Herr Abgeordnete Lueg hat das Wort.

Abgeordneter Lueg: Ich schlage vor, als Stellvertreter für Herrn Schlef den Herrn Weidenfeld per Acclamation zu wählen.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter, wir werden uns zunächst darüber schlüssig machen müssen, ob die Wahl jetzt wirklich vorgenommen werden soll oder ob sie auf einen späteren Tag zu verlegen ist. Zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Freiherr von Solemacher das Wort.

Abgeordneter Freiherr von Solemacher: Meine Herren! Ich würde Sie dringend bitten, die Wahl gleich vorzunehmen, weil heute Nachmittag eine Sitzung des Provinzialauschusses stattfinden soll, und da der Herr Abgeordnete Schlef momentan verhindert ist und ich hohen Werth darauf lege, den Ausschuß vollzählig versammelt zu sehen, dies nur möglich ist, wenn heute gewählt wird.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Nun gebe ich dem Herrn Abgeordneten Lueg das Wort.

Abgeordneter Lueg: Nunmehr bitte ich Herrn Weidenfeld per Acclamation wählen zu wollen.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Der Herr Abgeordnete Schmidt hat das Wort.
Abgeordneter Schmidt: Es ist mir zweifelhaft, ob wir diese Wahl schon vornehmen können, denn meines Erachtens ist die Stelle des Herrn noch nicht erledigt, die er bisher eingenommen hat, weil wir noch nicht wissen, ob er die Wahl annimmt. Insofern halte ich es nicht für richtig, daß wir die Wahl des Stellvertreters jetzt schon vornehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Der Herr Abgeordnete Lieven hat das Wort.
Abgeordneter Lieven: Meine Herren! Ich weiß nicht, was heute Herr Abgeordneter Schlef denkt, er hat mir aber in der letzten Sitzung gesagt, daß, wenn er gewählt würde, er annehmen würde.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Unter diesen Umständen constatire ich Ihren Entschluß, die Wahl heute vorzunehmen, und gebe dem Herrn Abgeordneten Lueg nochmals das Wort.

Abgeordneter Lueg: Ich schlage vor die Wahl per Acclamation vorzunehmen und als Stellvertreter des Herrn Schlef per Acclamation den Herrn Weidenfeld zu wählen.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Die Acclamationswahl ist, wie gesagt zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt. — Ein solcher erfolgt nicht. — Herr Abgeordneter Weidenfeld

ist demnach als stellvertretendes Mitglied des Provinzialauschusses gewählt. Ich frage Herrn Weidenfeld, ob er die auf ihn gefallene Wahl annimmt?

Abgeordneter Weidenfeld: Ich nehme die Wahl mit Dank an.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Ist Herr Frings hier im Hause? (Abgeordneter Frings: Ja.) Entschuldigen Sie, daß ich erst jetzt an Sie die Frage richte, ob Sie die auf Sie gefallene Wahl als stellvertretendes Mitglied des Provinzialauschusses annehmen.

Abgeordneter Frings: Ich nehme an.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Damit hätten wir diesen Gegenstand erledigt, wir kommen zu dem folgenden Gegenstande der Tagesordnung:

„Ausloosung der auscheidenden Mitglieder des Provinzialauschusses und deren Stellvertreter.“

Der §. 49 der Provinzialordnung schreibt vor:

„Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der gewählten Mitglieder und Stellvertreter aus und wird durch neue Wahlen ersetzt. Die Auscheidenden bleiben jedoch in allen Fällen bis zur Einführung der neu Gewählten in Thätigkeit. Ist die Zahl der gewählten Mitglieder beziehungsweise Stellvertreter nicht durch zwei theilbar, so scheidet das erste Mal die nächst größere Zahl aus.“

Die das erste Mal Auscheidenden werden durch das Loos bestimmt. Die Auscheidenden sind wieder wählbar.“

Da die Zahl der gewählten Mitglieder des Provinzialauschusses 13 beträgt, so sind nach Vorschrift dieses Paragraphen heute sieben der Herren Mitglieder des Ausschusses nebst ihren Stellvertretern auszuloosen. Wir nehmen die Ausloosung vor, indem ich sämtliche 13 Namen in die Urne thue und sieben Zettel herausziehe, um damit die Namen derjenigen Herren festzustellen, welche aus dem Provinzialauschuß diesmal ausscheiden. (Die Ausloosung wird vorgenommen.) Mitglied Schmidt von Schwind, Stellvertreter Boch, Mitglied Reinhard, Stellvertreter Peters, Mitglied Nels, Stellvertreter Rautenstrauch, Mitglied Adams, Stellvertreter Klein, Mitglied Becker, Stellvertreter Heuser, Mitglied Eich, Stellvertreter Andreae, Mitglied Lieven, Stellvertreter Melchers. Die ebengenannten sieben Mitglieder und ihre Stellvertreter sind hiernach durch die Loosziehung aus dem Provinzialauschuß ausgeschieden. Wir werden dafür demnächst Ersatzwahlen vornehmen müssen; ich wollte Ihnen daher schon jetzt meine Absicht mittheilen, diese Wahlen am Freitag, den 5. Dezember stattfinden zu lassen. Ich habe also ausreichende Zeit gegeben, damit die Herren in privaten Besprechungen sich über diesen Gegenstand verständigen können.

Wir kommen zu Nr. 6 der Tagesordnung:

„Entscheidung über die geschäftliche Behandlung sämtlicher in dem Verzeichnisse der Landtagsvorlagen aufgeführten, noch nicht an die Fachcommissionen verwiesenen Vorlagen.“

Sie sehen in dem in Ihren Händen befindlichen Verzeichnisse zunächst angeführt die Vorlagen der königlichen Staatsregierung und sodann die Vorlagen des Provinzialauschusses.

Ueber die geschäftliche Behandlung eines großen Theiles der Vorlagen haben Sie sich bereits gestern schlüssig gemacht, insoweit Sie die Spezial-Stats an die betreffenden Fachcommissionen verwiesen haben, und ebenso auch die Entlastungen. Wir würden also jetzt noch zu entscheiden haben über die geschäftliche Behandlung der übrigen zu diesen beiden Kategorien nicht gehörenden Vorlagen. Hierzu möchte ich Ihnen folgende Vorschläge machen. Einen Theil dieser Sachen können wir ganz füglich im Plenum erledigen, wir haben dann auch ausreichendes

Arbeitsmaterial für die nächsten Tage; ein anderer Theil und zwar der größere, würde indes den Fachcommissionen zur Vorberathung zu überweisen sein. Ich submittire aber gern, die Sache untersteht ganz und gar Ihrer Entscheidung.

Unter Nr. 1 haben wir:

„Begutachtung des Gesetzentwurfes über die Regelung des Ansiedelungswesens in der Rheinprovinz bezw. über die Einführung der entsprechenden Vorschriften des Ansiedelungsgesetzes vom 25. August 1876 in die Rheinprovinz.“

Ich würde vorschlagen, diese Angelegenheit, verbunden mit Nr. 24:

„Bericht des Provinzialausschusses über denselben Gegenstand“

der ersten Fachcommission zur Vorberathung zu überweisen.

Den darauf folgenden Gegenstand unter Nr. 2:

„Gutachtliche Aeußerung über die Vereinigung der Stadtgemeinde Coblenz mit der Landgemeinde Neuendorf“

rathe ich Ihnen in Verbindung mit Nr. 30 im Plenum zu behandeln.

Nr. 3:

„Gutachtliche Aeußerung darüber, ob der Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Entschädigung für an Milzbrand gefallene Thiere für die Rheinprovinz als ein dringendes Bedürfniß zu erachten sei“,

wird in Verbindung zu bringen sein mit Nr. 101, denselben Gegenstand in Form einer Vorlage des Provinzialausschusses betreffend, und wird zweckmäßig der zweiten Fachcommission zur Vorberathung zu überweisen sein.

Die in Nr. 4 figurirende

„Wahl einer Commission zur Mitwirkung bei der Untervertheilung der nach §. 16 des Gesetzes über die Kriegisleistungen vom 13. Juni 1873 etwa auszuscheidenden Landlieferungen auf die Kreise“

geben wir in Verbindung mit Nr. 32 an die erste Fachcommission.

Dagegen würde Nr. 5

„Neu- bezw. Ersatzwahl von Mitgliedern der Ober-Ersatzcommission im Bezirke der 25., 28. und 29. Infanterie-Brigade“

leicht im Plenum erledigt werden können.

Die Vorlagen des Provinzialausschusses sind in den ersten drei Nummern bereits erledigt.

Die 4. Nummer:

„Bericht des Provinzialausschusses, betreffend die in Gemäßheit des §. 96 der Provinzialordnung zu erlassenden Reglements über die dienstlichen Verhältnisse der Provinzial-Beamten“

übergeben wir der I. Fachcommission zur Vorberathung.

Im Plenum würden wir den darauf folgenden Gegenstand behandeln können, nämlich einige kleine Reglements, worüber der Herr Abgeordnete Lieven die Güte haben wird, zu berichten.

Auch würden wir im Plenum behandeln können den

„Bericht des Provinzialausschusses, betreffend das zu erlassende Reglement über die Leitung und Verwaltung der Provinzialmuseen zu Bonn und Trier“.

Die darauf folgenden Nummern 7, 8 und 9 sind bereits gestern durchberathen worden. Dann folgt eine Reihe von Stats, die wir der I. Fachcommission bereits überwiesen haben.

Wir stehen dann bei Nr. 20:

„Bericht des Provinzialausschusses, betreffend Anträge auf Bewilligung von Beihilfen bzw. Zuschüssen aus dem Dispositionsfonds des Provinziallandtags“.

Der Gegenstand gehört wohl zweckmäßig in die I. Fachcommission.

Dagegen würden wir Nr. 21 und 22, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung und die Ausführung der Beschlüsse des 34. Provinziallandtages, betreffend die Vertheilung der Einquartierungslast im Frieden, im Plenum behandeln können.

Der

„Bericht des Provinzialausschusses, betreffend die Vorlage des Statuts einer Wittwen- und Waisenversorgungsanstalt für die Communalbeamten der Rheinprovinz“

würde der I. Fachcommission zu überweisen sein, ebenso Nr. 24, worüber ich schon bei Nr. 1 einen Vorschlag gemacht habe.

Dann kommen 4 kleine Sachen: Nr. 25—28, die wir im Plenum behandeln könnten.

Der Herr Abgeordnete Dieze hat das Wort.

Abgeordneter Dieze: Ich wollte bemerken, Nr. 26 würde wohl in die I. Fachcommission gehen müssen.

Stellvertretender Vorsitzender Janßen: Ich glaube, die Sache ist von so großer Einfachheit, wenn es sich auch um große Zahlen handelt; die Motivirung ist so einfach, daß ich glaube, es wird der Vorberathung in der Commission nicht bedürfen.

Dann kämen wir zu dem

„Bericht des Provinzialausschusses, betreffend die Errichtung eines Kaiser Wilhelm-Denkmales in der Rheinprovinz“.

Es ist das ein Gegenstand, den wir wohl zunächst im Plenum zu behandeln haben.

Was weiter daraus wird, ob er etwa der I. Fachcommission oder einer besonderen Commission überwiesen wird, läßt sich nicht absehen, jedenfalls würde die erste Berathung dieses Gegenstandes im Plenum erfolgen müssen.

Es folgt der

„Bericht des Provinzialausschusses, betreffend Herbeiführung einer gutachtlichen Aeußerung des Provinziallandtages über die Vereinigung der Stadtgemeinde Coblenz mit der Landgemeinde Neuendorf“.

Es ist ein einfacher Gegenstand, den wir im Plenum erledigen können.

Desgleichen die darauf folgende Nr., die Errichtung einer landwirthschaftlichen Winter-
schule betreffend.

Die dann kommenden 4 Nummern empfehle ich der I. Fachcommission zur Vorberathung zu übergeben. Es sind eine Vorlage der Staatsregierung über die Wahl einer Commission zur Mitwirkung bei der Untervertheilung der Landlieferungen, und drei Sachen, in denen Personalien behandelt werden, die wir nach der in der vorigen Session beobachteten Geschäftsordnung der I. Fachcommission zur Vorberathung überweisen müssen.

Dann kommen einige Feuerwehrangelegenheiten, über welche der Herr Abgeordnete Dieze im Plenum berichten wird, ebenso Nr. 37:

„Bericht des Provinzialausschusses, betreffend die Errichtung von landwirthschaftlichen Winterschulen“.

Die hier aufgeführte Ersatzwahl haben wir schon vorgenommen.

Dann Neuwahl der ausscheidenden Mitglieder des Provinzialausschusses und deren Stellvertreter, die wir am Freitag im Plenum vornehmen können.

Nun kommen eine Reihe von Entlastungen.

Die II. Abtheilung würden wir in folgender Weise zu behandeln haben:

Nr. 55:

„Bericht des Provinzialauschusses, betreffend das zu erlassende Reglement für die Zwangserziehung verwahrloster Kinder“,

kann im Plenum erledigt werden.

Die folgenden Spezial-Stats sind bereits überwiesen.

Es folgt der

„Bericht des Provinzialauschusses über den Antrag des Abgeordneten Herrn Freiherrn von Plettenberg, betreffend die Uebernahme der Beerdigungskosten unbekannter Leichen auf den Landarmenfonds“.

Ich glaube, Sie werden damit einverstanden sein, daß wir diesen Gegenstand im Plenum vornehmen.

Desgleichen den darauf folgenden Gegenstand:

„Bericht des Provinzialauschusses, betreffend die Belastung des Rheinischen Landarmenverbandes durch die Ausweisung preussischer Staatsangehöriger aus Elsaß-Lothringen und Bayern“.

Es folgen dann 3 Entlastungen.

Abtheilung III:

„Bericht des Provinzialauschusses, betreffend die nach §. 95 der Provinzialordnung zu erlassenden Reglements für die Provinzialinstitute“

kommt sachgemäß in die II. Fachcommission zur Vorberathung.

Dann folgt eine Reihe von Spezial-Stats.

Nr. 74:

„Bericht des Provinzialauschusses, betreffend die weitere zinsfreie Belassung des der Kolonie Wilhelmsdorf im Jahre 1882 gewährten Darlehns von 10 000 M.“

kann im Plenum erledigt werden.

Ueber die Entlastungen ist bereits befunden.

IV. Abtheilung:

Der erste und zweite Gegenstand sind Statsfachen, die bereits überwiesen sind.

Der Gegenstand unter Nr. 101 ist schon bei Nr. 3 behandelt worden, geht nämlich an die II. Fachcommission.

Der

„Bericht des Provinzialauschusses über den Antrag des landwirthschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, betreffend die Ausdehnung des Krankenversicherungszwangs auf die in der Land- und Forstwirthschaft beschäftigten Arbeiter“

kann wohl im Plenum behandelt werden und ebenso der

„Bericht des Provinzialauschusses über eine Eingabe von Landbürgermeistern der Rheinprovinz, betreffend Zahlung der Pensionen der Volksschullehrer aus der Pensionskasse der Landbürgermeistereien und Landgemeinden der Rheinprovinz“.

Dann folgen einige Entlastungen.

Es kommt dann die V. Abtheilung, da haben wir zunächst den

„Bericht des Provinzialauschusses, betreffend die anderweite Regelung der Unterstützung des Gemeindegewerbes“.

Ist im Plenum zu behandeln, (Zurufe: ist zurückgezogen), aber es wird dem Landtage doch Kenntniß in Betreff der Lage der Sache zu geben sein.

„Der Bericht des Provinzialauschusses, betreffend das nach §. 95 der Provinzialordnung zu erlassende Reglement für das Straßenbauwesen“ würde in der III. Fachcommission vorzuberrathen sein.

„Der Etat, Nr. 110“ ist bereits dorthin überwiesen.

„Der Bericht des Provinzialauschusses, betreffend den Antrag des Königlichen Regierungs-Präsidenten zu Coblenz auf Uebernahme der sogenannten Poststraße von Kirchberg über Dickenscheid nach Gemünden als Provinzialstraße“ kann im Plenum behandelt werden, ebenso der

„Bericht des Provinzialauschusses, bezüglich des Gesuches der Stadtgemeinde Wevelinghoven an den Provinziallandtag auf Erlaß der Rückzahlung einer Wegebaubehilfe von 3000 M.“

Dann käme der

„Bericht des Provinzialauschusses, betreffend die Anträge auf Uebernahme von 4 Straßen“.

Diese Vorlage wollen wir der III. Fachcommission zur Vorberathung überweisen.

Die drei folgenden Sachen können im Plenum behandelt werden.

Dann hätten wir unter Nr. 117 den

„Bericht des Provinzialauschusses über den Antrag des Präsidenten der Königlichen Regierung zu Aachen auf Uebernahme von Aktienstraßen auf Provinzialfonds“.

Ich schlage Ihnen vor, die Sache im Plenum zu behandeln, und ebenso den

„Bericht des Provinzialauschusses über den Antrag der Stadt Maren auf Erweiterung der Provinzialstraße innerhalb des Gebietes der genannten Stadt“.

Alle folgenden Nummern sind Entlastungen, die bereits der III. Fachcommission überwiesen sind.

Ich darf wohl constatiren, daß die Herren mit meinen Vorschlägen einverstanden sind und daß die Sachen in der Weise behandelt werden, wie ich es vorgeschlagen.

Sobann haben wir uns zu verständigen über die nächste Tagesordnung. Meine Herren! Wenn es Ihnen recht ist, werden wir einen etwas fleißigen Betrieb entwickeln, damit wir nicht in die Gefahr kommen, noch in die dritte Woche hinein tagen zu müssen. Ich schlage Ihnen vor, den Commissionen eine angemessene Zeit für ihre Berathungen in der Art zu geben, daß wir dieselben von 10—12 Uhr tagen lassen. Also morgen von 10—12 Uhr Sitzung der Commissionen, $\frac{1}{4}$ vor 12 Uhr Zusammentritt der Abtheilungen behufs Wahl der beiden heute nominirten Commissionen und um 12 Uhr Plenarsitzung.

Bezüglich der morgigen Tagesordnung geht mein Vorschlag dahin zu nehmen:

„aus den Vorlagen der Königlichen Staatsregierung Nr. 2 und Nr. 5“,

und

„aus den Vorlagen des Provinzialauschusses die Nummern 5, 6, 21, 22, 25, 26, 27, 28, 30, 31 und 37“.

Ich glaube, das wird ausreichen. — Es erhebt sich kein Widerspruch gegen die Festsetzung der Tagesordnung, dieselbe steht demnach fest.